

Barnimer Bürgerpost

die unabhängige Leserzeitung

NR. 238 · 20. JAHRGANG · AUSGABE 11/2014 VOM 12. NOVEMBER 2014 · ERSCHEINT MONATLICH · 1 EURO

3 | **DB Werk Eberswalde hat Perspektiven**
Breite Unterstützung für Bahnwerker

9 | **Ein Finowmaßkahn für Eberswalde?**
Initiative Unser Finowkanal

12 | **»Das Morgen tanzt schon im Heute«**
Wahlen – und was dann? (Teil 13)

Streik als »Spaß«?

Der rbb meldete in seinen Nachrichten am 17.10.14, daß »der Spaß« um ...Uhr losgehen würde und das, obwohl die Herbstferien beginnen. Befinden wir uns in einem Theaterstück oder im Zirkus? Ist Streik ein Spaß?

Die Meinungsumfrage der Märkischen Oderzeitung am selben Tag ließ fünf Bürger zu Wort kommen. Diese äußerten, der sei Streik eine Schweinerei, man würde die Gewerkschaft der Lokführer »nicht in unser Nachtgebet« mit einbeziehen, man habe für den Streik kein Verständnis.

Ja, Verständnis hat etwas mit verstehen zu tun. Um gesellschaftliche Prozesse zu verstehen, braucht man politische Bildung.

Warum positionieren sich Menschen so unsolidarisch? Ist das »Solidaritätslied« von Brecht und Eisler »Vorwärts und nicht vergessen, worin uns're Stärke besteht...«, entstanden 1929/30 vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise, denn gänzlich vergessen? Treibt die Gesellschaft weiter auseinander? Wo ist die so gepriesene Solidargemeinschaft? Leben denn die in der MOZ befragte Altenpflegerin, der Taxifahrer, der Rentner, der Kranke so sicher und geborgen, daß sie keine Anteilnahme und Verständnis für andere in der Gesellschaft empfinden? Warum ist sich in dieser Gesellschaft jeder selbst der Nächste? Und wie steht es mit der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben für alle?

Der gesellschaftliche Wandel bietet vielfältige Teilhabechancen, aber auch neue soziale Spannungsfelder. Fehlende Teilhabe an Arbeit und Bildung bergen Sozialneid, Armut und soziale Ausgrenzung. Man spricht von Prekariat, von Unterschichten, von bildungsfernen Schichten. Nicht einmal die Hälfte der Bürger ging zur Kommunalwahl. Politikverdrossenheit und Fremdenfeindlichkeit nehmen zu. Millionen jubelten Fußballprofis zu und entwickelten in diesem Zusammenhang ein starkes Nationalgefühl, einen unbändigen Stolz auf Menschen, die nun wirklich nicht am Hungertuch nagen. Aber Stolz auf die Gewerkschaft, die sich im Arbeitskampf positioniert und engagiert, ist verpönt. Man fühlt sich durch Streiks in seiner Ruhe und Beschaulichkeit gestört. Streik – unangekündigt und das zu Ferienbeginn, wie kann das sein!

Ein EU-Abgeordneter erhält im Monat 8.299 Euro und eine pauschale Spesenvergütung von 4.299 Euro. Hinzu kommt ein Tagegeld von 304 Euro pro Sitzungstag und als »Sekretariatszulage« für das Büro im Heimatland nochmal bis zu 21.209 Euro monatlich (Wikipedia). Auch im Landtag in Potsdam hat man die Abgeordnetenlöhne wieder erhöht. Fragt man zu all dem das Volk? Liest man dazu Umfragen unter den Bürgern? Opponiert die Bevölkerung? Nein, man hat sich abgefunden und fühlt sich machtlos. Vergessen der Spruch »Wir sind das Volk«.

Streik ist kein Spaß, sondern bitterer Ernst in einer Gesellschaft, in der es Armutsberichte geben muß, in der man von einer Zwei-Klassen-Medizin spricht, in der es »schulmüde Kinder« schon in der Grundschule gibt, in einer Gesellschaft, in der »Ellbogen« herrschen, in der man besser nicht darüber spricht, daß man Mitglied der Gewerkschaft ist.

Gewerkschaftliches Engagement ist heute notwendiger als je zuvor und ein wirkungsvolles Mittel im Kampf gegen die sozialen Mißstände und Ungerechtigkeiten in der heutigen Gesellschaft. Er wird auch dadurch erfolgreich sein, daß sich Menschen bekennen und solidarisieren, statt sich zu distanzieren, zu verharmlosen oder zu ignorieren.

Dr. ILONA PISCHEL



Die kleinen Triebfahrzeuge der ODEG hielten den Reiseverkehr noch aufrecht, während die Lokführer der Deutschen Bundesbahn Anfang November bereits zum drittenmal in Folge streikten. Schon bei den ersten beiden Streiks waren sich die Mainstreammedien einig, auf welcher Seite sie zu stehen haben. Doch diesmal kannte die Journaille kein Halten mehr. Das Intelligenzblatt mit den großen Buchstaben bezeichnet den Chef der Lokführergewerkschaft GDL Claus Weselsky als »Bahnsinnigen« und fordert zum Mobbing auf, in dem es seine Telefonnummer veröffentlicht. Das Nachrichtenmagazin »Focus« steht dem nicht nach und veröffentlicht Bilder vom Haus, in dem der »Rambo-Gewerkschafter« wohnt. Er sei der »wohl meistgehaßte Deutsche«, meint das Magazin und zeigt auch gleich auf, wie mit solchen Störern umzugehen ist: »Denkbar wäre«, daß »jemand sein Auto anzünden« wolle.

Die seriöseren Blätter rufen nicht gleich zu Straftaten auf, halten sich ansonsten aber auch nicht zurück. Oft brauchen sie ihre Hetze nichtmal selbst erfinden. Die offizielle Politikergarde liefert genügend O-Töne.

Über die Hintergründe des Streiks erfährt man hingegen in all diesen Qualitätsmedien kaum etwas. Sie berichten wohl darüber, daß die GDL diverse DB Angebote ablehnt, nicht aber, daß darin von der Gewerkschaft faktisch ein freiwilliger Streikverzicht gefordert wird. Quasi als Vorgriff auf das Gesetz zur sogenannten »Tarifeinheit« der Arbeitsministerin Nahles. Wen schert es, daß damit das grundgesetzliche Recht auf Koalitionsfreiheit ausgehebelt wird und die Mitglieder kleinerer Gewerkschaften das Streikrecht verlieren?

Warum fragt niemand beim DB Vorstand nach, warum der nicht auf die Forderungen der GDL eingeht und die Gewerkschaft stattdessen regelrecht zum Streik provoziert?

Es sollte auch nicht vergessen werden, daß es der gleiche DB Vorstand ist, der die Schließung des Eberswalder Bahninstandsetzungswerkes beschlossen hat!

Die Solidarität mit den Beschäftigten des Bahninstandsetzungswerkes ist in Eberswalde breiter Konsens. Ebenso breit sollte auch die Solidarität mit den streikenden Lokführern der GDL sein.

GERD MARKMANN

Die Spatzen auf dem Dach

... wissen wer neuer Bildungsdezernent im Eberswalder Rathaus wird

Unmittelbar nach seiner Wiederwahl hat Bürgermeister Friedhelm Boginski die Stellenausschreibung für die Leitung des Dezernates für Bildung, Kultur und Soziales der Stadt Eberswalde veröffentlichen lassen. Die Anfang 2013 ins Amt gekommene Regina-Dolores Stiehler-Hinz hatte bereits nach einem halben Jahr wieder gekündigt. Das Amt blieb danach mehr als ein Jahr unbesetzt. Denn die Neuausschreibung vom Sommer 2013 wurde bald darauf ohne Vergabe der Stelle abgebrochen. Boginski, so hieß es, wolle ein Jahr vor der Bürgermeisterwahl einem möglichen Amtsnachfolger nicht vorgreifen und deshalb die Dezernatenstelle nicht vor der Bürgermeisterwahl neu ausschreiben.

Bei der Ausschreibung verzichtete Boginski wie gehabt auf die Mitwirkung der Stadtverordneten. Diese Mitwirkung war ihm angeraten worden, nachdem die vorherige Ausschreibung in die Hose ging (vgl. BBP 7/2013). Das war ja, wie unter anderem die Besetzung der Pressestelle bewiesen hat, beileibe kein Einzelfall.

Das Ausschreibungsverfahren hatte Boginski nicht abgebrochen, weil er künftig solche bedeutenden Stellenbesetzungen gemeinsam mit den Volksvertretern vorbereiten wollte. Damals hatte die Landesregierung entschieden, die Zahl der Staatlichen Schulämter zu reduzieren und deshalb den Schulamtsstandort in Eberswalde aufzugeben. Es gab große Proteste.

Von der Schulamtsschließung betroffen war auch ein alter Vertrauter des Bürgermeisters aus seiner Zeit als Schulleiter. Hardy Schalitz war Nachfolger der als »Eiserne Lady« der Schulschließungen in die Schulamtsgeschichte eingegangenen Schulamtsleiterin Brigitte Reuser. Schalitz meinte im August 2013 gegenüber der lokalen Tageszeitung auf die Frage, was mit ihm nach der Schulamtsauflösung werde, daß er »Freiwild« sei (MOZ, 30.8.13). Wenige Tage später brach Boginski die Dezernatenstellenausschreibung ab.

Am 30. September 2014 wurden im Eberswalder Schulamt die Lichter ausgemacht.

Inzwischen pfeifen es die Spatzen vom Rathausdach, daß Hardy Schalitz von Bürgermeister Boginski als neuer Eberswalder Sozial- und Bildungsdezernent favorisiert wird.

Es gibt 48 Bewerbungen für die Stelle, die bis Anfang 2015 besetzt werden soll. Der Bürgermeister hat das alleinige Vorschlagsrecht. Es spricht auch sonst einiges für Hardy Schalitz. Er gilt als fachlich kompetent und kommt aus der Region, so daß nicht die Gefahr besteht, daß er aus privaten Gründen alsbald wieder in die Heimat muß. Dennoch bliebe, sollten die Spatzen recht behalten, ein Geschmäckerl, das weniger Schalitz betrifft, sondern sich als virtuelle Hinterlassenschaft der Rathausdach-Spatzen auf dem zuvor sauberen Anzug des Bürgermeisters wiederfinden würde.

GERD MARKMANN

Lücke nach der Brücke

Bündnis 90/Grüne setzen sich für neue Fußgängerbrücke am Zoo in Eberswalde ein

Die Fraktion Grüne/B90 hat in die kommende Stadtverordnetenversammlung einen Beschlusantrag eingebracht, der auf die Wiedererrichtung der abgerissenen Schwärzebrücke unterhalb des Zoos zielt. Die Stadtverwaltung soll beauftragt werden, eine Variantenuntersuchung für einen Ersatzneubau zu erarbeiten.

Dabei geht es uns um eine möglichst kostengünstige Variante, die für Fußgänger und Rad-

ler das Queren der Schwärze ermöglicht und die unterbrochene Wegeführung wieder herstellt. Uns schwebt eine einfache Holzbrücke vor, bei deren Errichtung vielleicht die Holztechniker der Eberswalder Hochschule oder Forstunternehmen mitwirken könnten. Die von der Stadtverwaltung im Rahmen des Bürgerhaushalts aufgestellte Kostenschätzung für die Brücke in Höhe von 250.000 Euro ist aus



unserer Sicht jedenfalls viel zu hoch.

Die seit vielen Jahrzehnten unterhalb des Zoos befindliche Brücke war von der Stadtverwaltung im Sommer aus bautechnischen Gründen ersatzlos abgerissen worden. Dies stieß bei vielen Bürgern auf Unverständnis, da es sich um eine viel genutzte Wegeverbindung für Radler und Fußgänger handelte. Auch ein Spaziergang rund um den Zainhamerteich ist jetzt nicht mehr möglich.

KAREN OEHLER

Schatten der Vergangenheit auf Gauck

Bundespräsident Gauck erweckt den Eindruck – besonders auch nach seinen Selbstdarstellungen – vor der Wende ein entschiedener Kämpfer gegen den Unrechtsstaat DDR und besonders ein konsequenter Gegner der Staatsicherheit gewesen zu sein. Darauf fällt ein dunkler Schatten verbunden mit ernsten Zweifeln, wenn man jetzt einen sehr interessanten Artikel in einer zentralen Zeitung der BRD liest, der auch Gaucks Vergangenheit in der ehemaligen DDR und in Rostock behandelt. Danach hat er noch im Jahre 1988 in vertrauensvoller Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit den Rostocker Kirchentag organisiert. Was ich noch für schwerwiegender halte ist die Tatsache, daß nicht nur er sondern auch seine

Söhne während der DDR-Zeit jederzeit in den Westen reisen konnten.

Herr Gauck ist – wie sich auch bei seiner Einschätzung der Linkspartei bei der Regierungsbildung in Thüringen zeigte – ein Meister darin, in Fragen versteckt eine parteiliche Meinung zu propagieren, was ihm als Bundespräsident gar nicht zusteht. Für mich ergibt sich aus den konkreten Sachverhalten aus seiner DDR Vergangenheit eine einfache Frage: Glaubt er selber ernsthaft daran, daß seine und für seine Söhne genehmigten Westreisen ohne das Vertrauen und die Zustimmung der Staatssicherheit genehmigt wurden? Für einen logisch denkenden Menschen ist die Antwort einfach!

Dr. HELMUT KOCH

Maut-Gesetz analysiert

13 Monate Vorratsdatenspeicherung

Bundesverkehrsminister Dobrindt versichert zur PKW-Maut, niemand müsse fürchten, »daß jetzt irgendwo Profile gespeichert werden könnten«. Offensichtlich hat er sein eigenes Gesetz nicht gelesen – das habe ich für ihn übernommen. Das (erschreckende) Ergebnis der rechtlichen Betrachtung finden Sie im Blog der juristischen Fachzeitschrift Computer und Recht: www.cr-online.de/blog/2014/11/01/das-maut-gesetz-analysiert-13-monate-vorratsdatenspeicherung-auf-den-strassen/. Alle erhobenen Daten, incl. Kennzeichen und Fotos der Fahrer und Mitfahrer, werden 13 Monate lang gespeichert.

MATTHIAS BERGT

Der Mann ganz da oben!

Er wohnt in einem Schloß und hat ausgesorgt bis an sein Lebensende. Er hat auch keinen Migranten-Hintergrund. Sollte er in seiner Biografie blättern könnte er sich seiner faschistischen Erziehung erinnern.

Aber heute geht er wie ein Gockel krähen umher und legt nur faule Eier. Faschisten in der Ukrainischen Regierung mißfallen ihm nicht.

Obdachlose, Arbeitslose, ausgebeutete Menschen liegen nicht in seinem Tätigkeitsbereich.

Wenn er nur ein gut bezahlter Grußonkel wäre, könnte man ihn ja noch ertragen. Wäre nur schade um das vergeudete, woanders dringend benötigte Geld!

ELISABETH MONSIG

Woidke sprach mit Grube

Zur Zukunft des Eberswalder Instandhaltungswerkes

Ministerpräsident Dietmar Woidke hat am 7. November beim Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn, Rüdiger Grube, erneut dafür geworben, daß das Unternehmen für das Eberswalder Instandhaltungswerk ein Alternativkonzept zur möglichen Schließung zum Jahresende 2016 prüft. Bei dem Gespräch in Berlin verwies Woidke auf die Vielzahl von engagierten und qualifizierten Fachkräften am Traditionsstandort Eberswalde. Woidke: »Der Industriestandort Eberswalde ist von erheblicher Bedeutung für die Nordostregion und das Land Brandenburg insgesamt. Im ersten Quartal 2015

solte Klarheit über alternative Konzepte und Ideen bestehen, damit diese auf ihre Tragfähigkeit hin geprüft werden können.« Grube sagte eine Prüfung zu. Dazu wurde vereinbart, kurzfristig eine Arbeitsgruppe einzurichten. Grube wörtlich: »Wir haben in der Vergangenheit bereits zahlreiche Untersuchungen zum Werk Eberswalde durchgeführt. Sollten sich aus der Arbeitsgruppe neue Vorschläge ergeben, prüfen wir diese ergebnisoffen.«

An dem Gespräch in Berlin nahmen auch Verkehrsministerin Kathrin Schneider und Wirtschaftsminister Albrecht Gerber teil. G. BRÜGGEMANN, Staatskanzlei Brandenburg

Solidaritätserklärungen

Jusos Barnim:

Die Jusos Barnim erklären sich solidarisch mit den Beschäftigten des von der Schließung bedrohten DB-Werkes in Eberswalde. Nachdem wir mit dem Auszubildenden des DB-Werkes, Raik Ruhnke, gesprochen haben, macht uns gerade das Los, das die jungen Beschäftigten und die Auszubildenden des DB-Werkes ziehen müssen, betroffen. Sie können zwar ihre Ausbildung in anderen Werken beenden, müssen dafür aber umziehen oder weite Fahrwege in Kauf nehmen. Hinzu kommt, daß das DB-Werk als Ausbilder in Eberswalde wegfällt und so weitere Ausbildungsplätze in der Region verloren gehen. Wir Jusos Barnim finden diese Entwicklung, gerade vor dem Hintergrund einer älter werdenden Bevölkerung, fatal und falsch. Die Region muß attraktiv für junge Menschen bleiben, dabei sind Arbeits- und Ausbildungsplätze das wichtigste Standbein.

Es muß von den Verantwortlichen in der Konzernspitze alles unternommen werden, daß Werk in Eberswalde aber auch die anderen Standorte in Ostdeutschland zu erhalten. Es muß weiterhin versucht werden, eine Alternative zur Schließung zu finden.

FLORIAN GÖRNER

Harald Petzold (MdB Die Linke):

Im Rahmen seiner Sprechstunde am 30. Oktober versicherte der Bundestagsabgeordnete Harald Petzold dem Betriebsrat des DB-Instandsetzungswerkes Eberswalde seine Unterstützung im Kampf um den Erhalt des Standortes. Dabei informierte er darüber, daß die linke Bundestagsfraktion bereits am 13. Oktober ein Spitzengespräch mit Bahnchef Grube geführt habe, bei dem die ostdeutschen Standorte Eberswalde, Cottbus, Zwickau und Wittenberge angesprochen wurden. Darüber hinaus steht der Harald Petzold im engen Kontakt mit der linken Landtagsfraktion, um sich eng mit der Landespolitik abzustimmen. Die Landesgruppe Brandenburg in der linken Bundestagsfraktion hat für Anfang November ein weiteres Spitzengespräch bei der Führung der Deutschen Bahn angemeldet. Dabei sollen vor allen Dingen auch Alternativkonzepte der Belegschaft zum Erhalt des Standortes Eberswalde diskutiert werden. Petzold hat seine Unterstützung für Aktionen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, des Betriebsrates sowie der Gewerkschaften zugesichert.

CINDY PANZER

Alternatives Wählerbündnis Eberswalde:

Notwendig ist ein gemeinsames Agieren aller gesellschaftlicher Kräfte in der Stadt und der Region unter Einbeziehung der Stadtverordneten und der Ortsbeiräte auch in die Vorbereitung aller beabsichtigten Aktivitäten. Eberswalde muß aufstehen und Geschlossenheit demonstrieren und wenn notwendig gemeinsam kämpfen und dies in aller Öffentlichkeit und mit der notwendigen Ausdauer.

CARSTEN ZINN

Resolution zur Erhaltung des DB Fahrzeuginstandhaltungswerks in Eberswalde

Nachfolgende Resolution der Eberswalder Stadtverordneten vom 23. Oktober hat Bürgermeister Friedhelm Boginski an Bundesminister Dobrindt, an Bahnvorstand Grube sowie an den Brandenburgischen Ministerpräsidenten Woidke verschickt.

A. Ausgangslage

Mitte des 19. Jahrhunderts wurde die Stadt Eberswalde zu einem wichtigen Eisenbahnknotenpunkt auf der Bahnverbindung Berlin-Stettin, welches durch die 1878 erfolgte Errichtung der Reparaturwerkstatt der Berlin-Stettiner Eisenbahn dokumentiert wird. Im Laufe der Zeit verfestigte sich diese Stellung, so daß aus dieser Werkstatt ein Reichsbahnausbesserungswerk der Deutschen Reichsbahn und später ein Instandhaltungswerk der DB Fahrzeuginstandhaltung GmbH entstanden. Aufgrund erhaltender Informationen zur Prüfung der Auslastung des Werkes und der damit möglichen Arbeitsplatzreduzierungen ab 2015 wurden seit über 12 Monaten zwischen der Werksleitung, dem Betriebsrat und der Stadtverwaltung alternative Geschäftsfelder und ihre Umsetzung intensiv abgestimmt und diskutiert. Unvermittelt und unbegründet hat die DB AG der Stadtverwaltung am 08. Oktober 2014 schriftlich jedoch die Einstellung des gesamten Betriebes bis zum Dezember 2016 mitgeteilt. Direkt betroffen von diesem Beschluss sind ca. 470 Mitarbeiter (Stand 1990: ca. 1500) inklusive der fast 35 Auszubildenden. Darüber hinaus wären durch bestehende Kooperationen weitere Firmen als Zulieferer bzw. Partner berührt. Aber auch der Standort in Gänze hätte einen erheblichen Imageschaden, da das DB-Werk als Leuchtturm mit fast 500 Beschäftigten der letzte große Industriebetrieb am Standort ist.

B. Begründung der Notwendigkeit

Die Bundesrepublik unterstützt und fordert die Einhaltung der gesellschaftlichen Verantwortung seitens der Wirtschaft. Dies beinhaltet auch, nicht nach rein betriebswirtschaftlichen Kennzahlen Entscheidungen zu treffen. Die DB AG, dessen Anteilseigner die Bundesrepublik ist, sollte daher diesem Anspruch in besonderem Maße entsprechen und auch die Folgen ihres Handelns für die Region berücksichtigen. Mit der angekündigten Schließung des Werkes droht der Verlust einer wesentlichen Anzahl von bestehenden Beschäftigungsverhältnissen in Eberswalde. Zugleich sind hiermit erhebliche nachgelagerte Folgen, z. B. für die Kaufkraft, verbunden, welche auch andere Wirtschaftszweige vor Ort betreffen. Daneben würde an zentraler Stelle eine Industriebrachfläche entstehen, welche die bisherige positive Entwicklung der Stadt nachhaltig negativ beeinträchtigt. Für die Glaubwürdigkeit der Bundespolitik ist ein Einwirken auf die Entscheidungen des Vorstandes der DB AG damit unumgänglich.

C. Forderung

Die angekündigte Schließung stößt auf Unverständnis seitens der Verwaltung, der lokalen Politik und der Bevölkerung. Aufgrund der enormen Bedeutung für die wirtschaftliche Situation der Stadt Eberswalde als auch für den Industriestandort Brandenburg fordern die Unterzeichner die Bundesregierung als Aktionär der DB AG auf, sich für den Erhalt des Werkes am Standort Eberswalde einzusetzen und darauf hinzuwirken, daß seitens der DB AG und der Landesregierung Brandenburg gemeinsam alternative Szenarien zur Fortführung des Betriebes erarbeitet werden.

Die Resolution haben unterzeichnet: FRIEDHELM BOGINSKI (Bürgermeister), VOLKER PASSOKE (Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung) sowie die Vorsitzenden der Fraktionen: HARDY LUX (DIE SPD), WOLFGANG SACHSE (DIE LINKE), UWE GROHS (CDU), GÖTZ HERRMANN (Bürgerfraktion Eberswalde), KAREN OEHLER (Bündnis 90/Die Grünen), GÖTZ TRIELOFF (FDP) und CARSTEN ZINN (Alternatives Wählerbündnis Eberswalde).

Justos Barnim zum Bürgerbudget: **Probleme erkennen und gezielt handeln!**

Die Justos Barnim begrüßen das Bürgerbudget der Stadt Eberswalde. Es ist ein wichtiges Standbein der lokalen Demokratie in der Kreisstadt geworden und ein Erfolgsmodell, wie man an den steigenden Teilnehmerzahlen sowie an der steigenden Zahl der eingereichten Vorschläge sehen kann. Wir würden uns wünschen, daß auch andere Städte im Barnim, die noch keinen Bürgerhaushalt haben, ein ähnliches Modell der Bürgerbeteiligung auf dem Weg bringen.

Die Verantwortlichen in der Verwaltung und der Kommunalpolitik müssen aus den eingereichten Vorschlägen auch ihre Lehren ziehen, denn man kann anhand von gehäuft auftretenden Vorschlägen zu einem Themenkomplex auch Problemlagen in der Stadt erkennen. Wir fordern eine systematische Auswertung der Vorschläge und einen Masterplan der Verwaltung, wie man die offenbaren Defizite angehen will.

Ein wichtiger Punkt ist dabei die Jugendsubkultur in Eberswalde. In diesem Jahr gab es gleich mehrere Vorschläge zur Jugendsubkultur, u.a. der Schallschutz im Studentenclub, das Bandhaus im Gewerbepark oder das Schöpfwerk. Diese Projekte sind Teil der Eberswalder Jugend- und Subkultur, welche es immer schwieriger hat, in Eberswalde zu bestehen. Abseits von den großen geförderten Veranstaltungen der Stadt, die richtig und wichtig sind, haben viele dieser, oft ehrenamtlich organisierten Projekte, finanzielle Sorgen und Schwierigkeiten mit Anwohnern hinsichtlich Lärmschutz. Leider haben diese Projekte oft keine Lobby, denn sie stehen für das Rotzige, das Lärmende, jedenfalls alles andere als den Mainstream. Dabei sind gerade solche Angebote das Sahnehäubchen für eine Stadt, um attraktiv für junge Menschen zu sein und um junge Menschen in die Stadt zu ziehen. Leider tut die Stadt Eberswalde viel zu wenig für die Diversität ihrer Stadtkultur. Vor diesem Hintergrund freuen wir uns natürlich sehr, daß gerade der Studentenclub den ersten Platz bei der Abstimmung belegt hat.

Man kann auch an anderen Stellen Defizite sehen z.B. bei der Kinderbetreuung in Kitas, welche für junge Familien essentiell ist. Im letzten und in diesem Jahr gab es viele Vorschläge zu den Spielplätzen der Kitas in Eberswalde und zu anderen Bereichen der Kinderbetreuung. Man könnte daraus ein Defizit bei der Ausstattung von Kindertagesstätten ableiten und entsprechend handeln. Ein weiteres Feld scheinen Fahrrad- und Fußwege zu sein, wie viele Vorschläge zum Treidelweg zeigen oder auch die 5 Vorschläge, die mehr Bänke in Eberswalde fordern.

FLORIAN GÖRNER
Justos im Barnim

DB Werk Eberswalde hat Perspektiven

Mitglieder des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen der Stadtverordnetenversammlung Eberswalde trafen sich am 30. Oktober in den Räumen der Betriebsleitung des DB Werkes Eberswalde mit dem Werkleiter Werner Stepanek.

Teilnehmer seitens des Ausschusses waren neben dem Vorsitzenden Dietmar Ortel (CDU) für die Fraktionen Gottfried Sponner (Die Linke), Conrad Morgenroth (Bürgerfraktion), Carsten Zinn (Alternatives Wählerbündnis Eberswalde), Karen Oehler (Die Grünen) und Winfried Bohn (CDU).

In der zweistündigen Besprechung wurde über eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung des Standortes beraten. Dabei müssen sich insbesondere die Landesregierung und der Ministerpräsident Woidke (SPD) klar zum Standort Eberswalde bekennen und das Werk Eberswalde bei der Neuausrichtung mit Investitionshilfen unterstützen.

Es ist unverantwortlich, die Mitarbeiter des DB Werkes Eberswalde sowie ihre Familien vor die Alternative der Vernichtung ihrer Existenz oder dem Verlassen ihrer Heimat zu stellen. Das, was für andere wirtschaftliche Geschäftsbereiche in Brandenburg an Zuschüssen möglich ist und gezahlt wird, sollte auch für Branchenkompetenzfelder wie beim DB Werk Eberswalde umgesetzt werden können. Hier sollten verschiedene Fördermöglichkeiten genutzt werden (EU/Bund/Land/Kreis/Stadt).

Dabei muß schnell gehandelt werden. Das Werk Eberswalde verfügt über gute Kernkompetenzen und Standortvorteile. Hier können regionale Leistungen ausgeführt werden. Das spart Zeit und Kosten für die Unternehmen aus der Region. Dies werde schon teilweise umgesetzt, war auf der Beratung zu erfahren.

Für eine Standortsicherung müssen zusätzliche Investitionen zur Gestaltung und Neuausrichtung jener Geschäftsbereiche getätigt werden, die eine weitere positive Entwicklung des Standortes garantieren. Insbesondere sind jetzt der Bund und das Land Brandenburg in der Pflicht, den Standort Eberswalde mit den notwendigen Investitionshilfen zu unterstützen.

Für die Instandsetzung von Kesselwagen und der Kesselwagenreinigung wird zur Neuausrichtung als Kompetenzzentrum eine Investitionshilfe von 5 bis 6 Millionen Euro benötigt. Interesse vom PCK Schwedt liegt bereits vor. Eine Differenzierung muß über das Erschließen von neuen Geschäftsfeldern erfolgen. Dadurch kann der Standort Eberswalde wieder wachsen. Die Stadt Eberswalde hat Ihre Unterstützung bei der Umsetzung des Vorhabens zugesichert.

Anregung der Ausschußmitglieder war, die wirtschaftlichen Komponenten des Standortes DB Werk Eberswalde in die Mittelbereichskonzeption (Umland Kooperationen) mit einzuarbeiten. Weiterhin wurden Gespräche zur Gestaltung der Beziehungen zwischen den politischen Ebenen der Stadtverordneten der Städte Schwedt und Eberswalde, der Vertreter der Landkreise Uckermark/Barnim sowie der Unternehmerverbände Uckermark/Barnim angeregt, um insgesamt die Region durch ein ergebnisorientiertes Handeln zu stärken. Dazu wurde ein Treffen der Bundes- und Landtagsabgeordneten der Region Barnim/Uckermark mit den Vorsitzenden beider Unternehmerverbände und den PCK-Geschäftsführern sowie weiteren Interessenten angeregt.

Abschließend sicherten die Mitglieder des Ausschusses Wirtschaft und Finanzen als klares Signal eine engagierte Unterstützung für eine Neuausrichtung der Geschäftsbereiche für das DB Werk Eberswalde zu.

DIETMAR ORTEL, Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen

Keine Ruhe vor den Gewerkschaften

Eberswalde (bbp). Auf die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ist Verwaltungsdezernent Bellay Gatzlaff nicht gut zu sprechen. Besonders, daß ver.di mit ihrer Kritik an der Unterbesetzung und Arbeitsüberlastung bei der Eberswalder Berufsfeuerwehr an die Öffentlichkeit ging, mißfiel dem städtischen Personalmanager, wie er mehrfach in Sitzungen des Ausschusses für Wirtschaft und Finanzen (AWF) und in der Stadtverordnetenversammlung kundtat. Daß kein zusätzliches Personal nötig sei, ließ sich Gatzlaff noch im September auch vom Chef der Eberswalder Feuerwehr Stadtbrandrat Nikolaus Meier, der seit einiger Zeit auf eine gehaltsrelevante Höhergruppierung wartet, ausführlich begründen.

Doch nachdem er – nach einigem Zögern – dem Ordnungsamtsleiter Uwe Birk die Gelegenheit gab, die Personalsituation bei den drei Einsatzschichten der Feuerwehr durchzurech-

nen, mußte er sich überzeugen lassen, daß ohne personelle Aufstockung die Einsatzbereitschaft gemäß Gefahrenabwehrplan der Stadt nicht mehr gewährleistet werden kann.

Drei zusätzliche Stellen, die Gatzlaff nun genehmigte, kosten die Stadt nach dessen Aussage etwa 135.000 Euro pro Jahr. Das sind gegenüber den vorherigen Planungen, nach denen der Fehlbedarf mittels Überstunden ausgeglichen werden sollte, rund 50.000 Euro mehr.

Ruhe vor der Gewerkschaft dürfte der Dezernent indes nicht bekommen. Hagen Quehl, ehrenamtlicher Vorsitzender der Fachgruppe Feuerwehr im Fachbereich Gemeinden beim ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg, hält auch die künftig zur Verfügung stehenden 33 Feuerwehrleute für zu wenig. Nach seiner Auffassung sind mindestens 35 Beamte notwendig, um rechnerisch die Vorgaben der EU-Arbeitszeitverordnung zu erfüllen.

Bündnis 90/Die Grünen Eberswalde:

Ergebnis des Bürgerhaushalts enttäuschend

Das zustande gekommene Ergebnis ist enttäuschend. Vom ursprünglichen Ansinnen eines Bürgerhaushalts - mehr Einblick in die städtischen Finanzen für die Bürger und Mitbestimmung über den Einsatz der Steuergelder - ist nichts mehr übrig geblieben. Das Bürgerbudget ist zu einem reinen (Spaß-)Wettkampf zwischen Vereinen und Interessengruppen um zusätzliches Geld für ihre Zwecke geworden.

Die ersten 6 Plätze belegen Projekte, die sicher alle sinnvoll sind, aber der allgemeinen Öffentlichkeit nicht zugute kommen und mit der Entwicklung oder Gestaltung der Stadt nicht direkt im Zusammenhang stehen. Für solche Projekte gibt es andere Förderpötte, zum Beispiel die Vereins- und Sportförderung usw. Den Antragstellern und teilnehmenden Bürgern ist kein Vorwurf zu machen. Unzulänglich sind die Kriterien für einzerei-



chende Vorhaben und die Art und Weise der Bürgerbeteiligung. Die Stadtverwaltung muß sich auch fragen lassen, wieso einige eingereichte Projekte durch völlig unrealistische Kostenschätzungen von vornherein von der Beteiligung ausgeschlossen wurden.

KAREN OEHLER, Fraktionsvorsitzende

Flutlicht für einen Bolzplatz

Eberswalde (bbp). An der Lessing- und Heinrich-Heine-Straße in Höhe des Schützenplatzes entstand in den vergangenen Jahren eine kleine Parkanlage mit Spiel- und Bolzplatz. Beide werden gerne von Kindern und Jugendlichen genutzt. Jetzt im Herbst und im Winter wird es allerdings zeitig dunkel. Um den Platz bis in die Abendstunden nutzen zu können, müßte die Beleuchtung des Bolzplatzes durch Flutlicht verstärkt werden. Eine entsprechende Anregung gab der sachkundige Einwohner Matthias Bohn (FDP) am 7. Oktober im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt.

Baudezernentin Anne Fellner verwies allerdings auf Gespräche, die vor dem Bau des Bolzplatzes mit den Anwohnern geführt wurden, die eine Lärmbelästigung bis in die späten Abendstunden fürchten. Daher wurde auf eine Flutlichtanlage verzichtet. Die Dezernentin empfahl, den mit den Anwohnern geschlossenen Kompromiß ruhen zu lassen.

Die Fraktion DIE LINKE folgte nicht dieser Auffassung und brachte das Thema auf die Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung (StVV) am 27. November. Die StVV, heißt es in der eingereichten Beschlüßvorlage, »beauftragt die Stadtverwaltung, eine Beleuchtungsanlage (unter Einbeziehung der vorhandenen Beleuchtung) an der Sportanlage ... zu installieren. Ziel ist es, den Kindern und Jugendlichen in den Übergangsjahreszeiten eine sichere Nutzung der Anlage auch in den frühen Abendstunden zu ermöglichen.« Die Fraktion räumt ein, daß »auch Belange des Anwohnerschutzes hinsichtlich Privatsphäre und Lärmpegel beachtet

werden« müssen. »Jedoch machen entsprechende Gesetze keinen Unterschied zwischen den Jahreszeiten und finden hier keine Anwendung.« Die Linksfraktion sieht dementsprechend »hier keine zusätzliche Belastung der Anwohner durch eine Beleuchtung innerhalb des gesetzlichen Rahmens. Ein Ausspielen der einzelnen Bevölkerungsgruppen untereinander halten wir für nicht zulässig.«

Allerdings ließ die Einreicherfraktion einige andere Aspekte unbeachtet. Beispielsweise fehlen Angaben zu den Kosten. Diese und weitere Fragen hat inzwischen der sachkundige Einwohner Gerd Markmann im Ausschuß für Wirtschaft und Finanzen gestellt. Dort wird die Vorlage am 13. November behandelt. Neben den Kosten für den Bau und Betrieb der Leuchten, soll auf den Tisch, wie stark und durch welche Altersgruppen der Bolzplatz ausgelastet wird und wieviel Stunden zusätzliche Nutzung eine Beleuchtungsanlage ermöglichen würde. Auch über Möglichkeiten einer energiesparenden LED-Beleuchtung soll die Stadtverwaltung Auskunft geben. Zudem bitet der sachkundige Einwohner um eine Stellungnahme der zuständigen Ortsteilvertretung.

»Witterungsbedingt ist eine regelmäßige bis tägliche Nutzung zu beobachten«, heißt es in der Antwort der Verwaltung. »In den Sommerferien sind Jugendliche teilweise bis abends auf dem Bolzplatz.« Zur zusätzlichen Nutzung bei Flutlicht gibt es keine belastbaren Aussagen.

Konventionelle Leuchten kosten 8.000 €, bei jährlichen Folgekosten von 856 €. Für LED-Strahler müssen 4.000 € mehr investiert werden, bei 281 € Folgekosten pro Jahr.

Manöverkritik nötig

Die Abstimmung zum Bürgerbudget 2015 war gut organisiert. Dank am alle Beteiligten und natürlich Glückwunsch den Siegern.

Bei allem Erfolgsrausch, aber auch beim Verarbeiten der Enttäuschungen bei den 114 Vorschlägen, die nicht zum Zuge kamen, ist eine ehrliche Aufwand-Nutzen-Analyse notwendig. Wenn 33.000 Euro eingesetzt werden, um ein Bürgerbudget von 100.000 Euro zu verteilen, dann ist das nach Auffassung unserer Fraktion nicht angemessen.

Auch zeigte sich, daß viele Einwohnerinnen und Einwohner aufgrund des Termins und der beschränkten Einlaßzeit von der Abstimmung ausgeschlossen blieben. Unsere Fraktion wird sich aktiv an der nötigen »Manöverkritik« beteiligen und sich für eine transparente Novellierung der Satzung zum Bürgerhaushalt einsetzen.

CARSTEN ZINN,

Fraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde

Bürgerentscheid in Bernau

Am 14. Dezember ist in Bernau Bürgerentscheid über die Abschaffung der Alt- und Neuanschließerbeiträge. Die ganze Gebührenerhebung ist eine Schande und verdreht die allgemeine Rechtssicherheit in Grundstücksfragen. In Fällen, wo die Eigentümer gewechselt haben, müssen sich sogar Verkäufer und Käufer oder mehrere Erben mit den nachfolgenden Grundstückseigentümern rückwirkend darüber einigen, wer welche Gebührenanteile aus längst vergangenen Zeiten übernimmt. Auch Mieter dürfen sich jetzt schon freuen. Was ist denn, wenn einem privaten Mieter eines Einfamilienhauses oder Vier-WE-Hauses die Rechnung weitergereicht wird? Das betrifft ja nicht nur die Wohnblöcke und ggf. nicht nur aktuelle Mieter. Ganz tolle Idee.

Sogar notariell beglaubigte Konditionen für Geschäftsabwicklungen mit Immobilien helfen da nicht, da wir hier Schuld-Konstellationen vorgesetzt bekommen, die ein deutscher Gesetzgeber eigentlich nie wollte und daher auch nicht geregelt hat, denn üblicherweise kann in Deutschland eine bezahlte Gebühr nicht angefochten werden. Es gilt in unseren Landstrichen: Bezahlt ist bezahlt. Aber nicht in Brandenburg, und auch nicht in den allseits für Ferien beliebten Bananenrepubliken. Aber offenbar muß man eine solche Einstellung revidieren. Regelungen, die Grundsätze zur rechtlichen Sicherheit außer Acht lassen, sind von Abgeordneten oder von ihnen entsendeten Mitbürgern entschieden worden. Das Problem ist unter uns. Und offenbar steht die karibische Lebensart einigen honorigen Mitbürgern aus unserer Mitte besser, als uns gut tut. Nicht umsonst wurde der Bernauer Bürgermeister deshalb in 2014 abgewählt. Der aber scheint nicht das einzige Problem zu sein, derer man sich hier schnell entledigen sollte.

THOMAS TOBLER 5

B167n und Kanalausbau

Eberswalde (bbp). Die sogenannte Ortsumfahrung B167neu wird von Bürgermeister Friedhelm Boginski und die meisten Fraktionen der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung als ein Vorhaben bezeichnet, das »wirtschaftlich, regional und überregional von großer Bedeutung« sei und eine »wichtige Verkehrsentlastung für Eberswalde« darstelle. Diverse Verkehrsanalysen kamen zu gegenteiligen Ergebnissen.

Am 23. Oktober informierte Baudezernentin Anne Fellner die Eberswalder Stadtverordneten über den aktuellen Stand. Wichtiges Thema war dabei die Koordination der Ausbaupläne für den Oder-Havel-Kanal und des 1. Bauabschnitts der Ortsumgehung. Insbesondere ging es um die Frage, was passiert, »wenn der Kanalausbau mittelfristig zurückgestellt wird«.

Bürgermeister Friedhelm Boginski hatte sich »zur Erörterung der Problemlage« am 22. August mit Vertretern des Brandenburger Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung, der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung sowie dem Bundestagsabgeordneten Stefan Zierke (SPD) getroffen. Er habe, sagte die Dezernentin, »mehr Engagement bei der Forcierung beider Vorhaben gefordert«. Die Havel-Oder-Wasserstraße (HOW) biete wirtschaftliche und touristische Entwicklungspotentiale für Eberswalde, hofft die Stadtverwaltung. Daher sei eine koordinierte Umsetzung der Ortsumfahrung und der HOW erforderlich. Die Bundesregierung hat die Unsinnigkeit des Kanalausbaus mittlerweile faktisch eingestanden, indem sie den weitere Kanalausbaus erst einmal auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben hat. Hinsichtlich der ebenso unsinnigen Ortsumfahrung sind die Entscheider noch nicht so weit.

Dieser Strohalm bietet den Halt für die Rathauspitze und Anlaß für die aktuelle Geschäftigkeit. Sie sieht Handlungsbedarf beispielsweise in der »Neukoordinierung der Zeitabläufe« und der »Finanzierung bezüglich der Berührungspunkte« zwischen neuer Straße und Kanal. Hier müßten die ökonomischen Auswirkungen untersucht und die »Planfeststellungsunterlagen B167 OU« entsprechend überprüft werden. Unter Federführung des Straßenlandesbetriebes wurde inzwischen »eine Entscheidungsvorlage zur aktuellen Problemlage 'Ortsumfahrung B167 und HOW' dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur vorgelegt. Es soll nunmehr geprüft werden«, heißt es weiter, »inwieweit Lösungsmöglichkeiten (gemäß Entscheidungsvorlage) realisierbar sind bzw. welche Folgen und Kosten sich bei einer möglichen Trassenveränderung der OU B167n in den Problemlagen ergeben«. Eine Entscheidung soll bis Dezember 2014 getroffen werden.

»Kreative Leerstandsnutzung« am Kupferhammerweg 1

Für 1.000 € im Monat zu haben

Eberswalde (bbp). Die fünf Initiativen wandelBar, Tauschring Eberswalde, Alnus e.V., Freiraum und hebewerk e.V. wollen aus dem Haus am Kupferhammer 1 ein offenes Initiativenhaus mit offener Werkstatt machen. Das frühere KOMM-Zentrum werde so für alle interessierten Bürger, Initiativen und Vereine auf gemeinnützige Weise nutzbar.

Anstatt an Angeboten nur teilzunehmen, wie z.B. im Bürgerbildungszentrum, können in diesem Haus alle Personen teilnehmen, mitwirken und selbst gestalten und so z.B. eigene Veranstaltungen, Ideen oder Projekte anstoßen. Dabei können völlig neue Möglichkeiten entdeckt und weitergedacht werden und neue Netzwerke und Synergien auch generationsübergreifend entstehen.

Mit ihrem Konzept »Leerstand kreativ nutzen« tingeln die Initiatoren inzwischen durch die Ausschüsse der Eberswalder Stadtverordnetenversammlung. Sie wollen die Volksvertreter davon überzeugen, daß die Stadt nicht nur auf die Miete verzichtet, sondern auch die Betriebskosten, einschließlich einem schnellen Internetanschluß, trägt. Die Stadtverordnete Karen Oehler (Bündnis 90/Die Grünen) hatte im Oktober im Ausschuß für Bau, Planung und Umwelt danach gefragt, welche jährlichen Kosten der Stadt infolge des Leerstandes entstehen (BBP 10/2014).

Inzwischen liegt die Antwort der Baudezernentin Anne Fellner vor. Demnach liegen die jährlichen Betriebskosten für Heizung bei ca. 14.000 Euro. Zusätzlich kommen noch Stromkosten dazu. Außerdem seien im Falle der Nutzungsüberlassung »Reparaturen und Instandsetzungsmaßnahmen verbunden mit erheblichen Kosten ... unumgänglich«. Neben der Sanierung des Dachs für 40.000 Euro sei für etwa 10.000 Euro eine Umstellung der Heizungsanlage von Flüssiggas auf Erdgas notwendig. Begründet wird dies mit fehlenden Dienstbarkeiten durch den Grundstücksnachbar (ehemals Max Bahr), weil die Belieferung des Gastanks über dessen Grundstück erfolgen muß. Zudem müssen mittelfristig eine Trockenlegung des Gebäudes und der Erneuerung der Leitungssysteme und der veralteten Sanitärbereiche erfolgen. »Auch die Gebäudefassade bedarf, verbunden mit der An-

bringung einer Wärmedämmung, mittelfristig der Sanierung.« Eine Kostenkalkulation dafür liegt nicht vor. Die Reparaturen und Sanierungsmaßnahmen können laut Anne Fellner nicht in Eigenleistung erbracht werden, sondern »sind durch einen Fachmann durchzuführen«. Wenig Entgegenkommen zeigte die Baudezernentin auch hinsichtlich einer Verrechnung von Eigenleistungen mit den Betriebskosten. Dies sei »unzulässig«.

Die momentan lfd. Kosten für den Leerstand belaufen sich laut Baudezernentin auf ca. 2.000 Euro pro Jahr. Hinzu kommen aber weitere, nur schwierig zu quantifizierende Kosten, etwa weil ein leerstehendes Gebäude anfälliger ist für Vandalismus und Leerstand im Stadtbild kein schöner Anblick ist. Darüber hinaus verfällt ein leerstehende Gebäude viel schneller als ein genutztes. Im Kupferhammerweg 1 könnte so das Gebäude sinnvoll und kreativ entwickelt und wiederbelebt werden, ohne daß die Stadt für eine teure Vollsanierung aufkommen muß oder das Gebäude schon nach wenigen Jahren Leerstand mit hohen Kosten abgerissen werden muß. Die Grundorganisation und die Offenheit des Gebäudes gewährleisten die fünf Initiativen in Eigenarbeit. Weitere Mitstreiter sind erwünscht. Sie bringen darüber hinaus eine ganze Reihe an Inhalten und Veranstaltungen sowie Materialen und Maschinen mit, die sie ehrenamtlich und für alle zugänglich einbringen wollen.

Nimmt man die Differenz zwischen den früheren Mietern in Rechnung gestellten Betriebskosten und den den Leerstandskosten, kommt man auf 12.000 Euro pro Jahr. Ein monatlicher Zuschuß von 1.000 Euro pro Monat würde demnach ausreichen, um das alte KOMM-Zentrum wiederzuleben. Aber selbst 2.000 Euro Monatszuschuß wären bei so einem Zukunftsprojekt kein rausgeworfenes Geld.

Linke Barnim fordert Gesamtkonzept

Zu den laufenden öffentlichen Debatten über eine Asylunterkunft in Oderberg

Ich bleibe dabei, daß ein Neubau einer Asylunterkunft in Oderberg ein Irrweg ist. Dieser Neubau würde auch der bisherigen Politik des Landkreises widersprechen, Flüchtlinge vorrangig in Orten mit guter Verkehrsanbindung und gute Infrastruktur unterzubringen.

DIE LINKE.Barnim schließt sich der Forderung der Flüchtlingsinitiativen im Landkreis an und fordert die Kreisverwaltung auf, alle Planungen für den Neubau in Oderberg zu stoppen und alternative Grundstücke zu suchen.

Der Landkreis hat hier eine desaströse Informationspolitik an den Tag gelegt. Wer über alle

Bedenken selbst von Flüchtlingsinitiativen hinweg geht, hat somit selbst eine neue Unterkunft in Oderberg verhindert.

Grundsätzlich schlagen wir für November eine Flüchtlingskonferenz mit allen Bürgermeistern der Kommunen und allen Aktiven in der Flüchtlingspolitik vor, um ein nachhaltiges Unterbringungskonzept zu erarbeiten. Die derzeitige Informationspolitik der Kreisverwaltung ist so nicht mehr haltbar. Gemeinsame Lösungen für eine humane Flüchtlingspolitik müssen gemeinsam gefunden werden.

SEBASTIAN WALTER, Kreisvorsitzender

Barnimer Bürgerpost
abonnieren!

eMail: redaktion@barnimer-buergerpost.de
Tel.: 0 33 34 / 35 65 42, Fax: 0 33 34 / 25 92 10



Das Résumé der Veranstaltung am 10. Oktober im überfüllten Waldgasthof Perkuhn in Klandorf (Schorfheide): Für die Bürgerschaft von Klandorf ist klar. Ab sofort kann es nur noch um das fachlich korrekte Nachholen unterlassener Instandhaltung und die Beseitigung von Schadenursachen sowie Nutzungskonflikten – ein vernünftiges Verkehrskonzept – für die Klandorfer Straßen gehen. Das muß unverzüglich angegangen werden. Die Gemeinde darf nicht mehr warten bis 2015, 2016 und länger! Dann wären auch noch intakte Teile der Straßen zerstört, auf jeden Fall würden die notwendigen Maßnahmen dann noch viel teurer für die Gemeinde bzw. den Steuerbürger.

Im überfüllten Waldgasthof Perkuhn hatten sich mehr als 60 Teilnehmer/innen eingefunden, die auch aus benachbarten Dörfern und Gemeinden wie Schlufft, Groß Schönebeck, Lichterfelde, Finowfurt oder Wandlitz gekommen waren. Auch lange nach Ende der Veranstaltung wurde an diesem Abend im Waldgasthof noch angeregt diskutiert.

Neben den »üblichen Verdächtigen« wie die Einwohner/innen von Klandorf, den Bürgermeister und den Ortsbeirat hatte die Bürgerinitiative »Für den Erhalt der historischen Klandorfer Dorfstraßen« diesmal auch die gewählten Gemeindevertreter der Gemeinde Schorfheide eingeladen. Der »Kleine Klandorfer Kongreß – historische Klandorfer Dorfstraße mit Zukunft« war die zweite große Runde der öffentlichen Debatte um die Zukunft der historischen Dorfstraße nach der Einwohnerversammlung des Ortsbeirats am 16. September (vgl. MOZ vom 19.09.2014 »Altes Pflaster – Herzenssache« u. vom 08.10.2014 »Streit um historische Straße geht weiter«).

Vereinzel gab es Versuche, durch Desinformation, Unterstellungen und ungerechtfertigte, rein polemische Angriffe auf die Initiative bei den Klandorfern zu punkten. Nachdem aber der Ortsbeirat von Klandorf eingeräumt hatte, daß auch die Ergebnisse seiner eigenen, nach dem 16. September gestartete Umfrage mit 94 Prozent gegen den Straßenneubau eindeutig ausgefallen sind und denen der Initiative nahezu entsprechen, gibt es am Willen der Klandorfer nichts mehr zu deuteln: »Die Neubauplanung für 2017 muß endgültig vom Tisch!«, forderten die Bürger gegenüber den gewählten Vertretern und dem Bürgermeister.

Ogleich das von der Initiative geplante Kongreß-Format in diesem Fall nicht funktioniert hat und das dreiteilige Vortragsprogramm immer wieder unterbrochen wurde, konnte trotz aller Emotionen doch ein großer Teil der geplanten Themenkreise sachlich, kompetent und überzeugend dargestellt werden. Das Bedürfnis der Teilnehmer, sich schon

während der Vorträge Luft zu machen und zu diskutieren war so überwältigend, daß nach 2 Stunden auf die für den zweiten Teil der Veranstaltung geplante Podiumsdiskussion (»Runder Tisch«) über ein erhaltendes Orts- und Straßenkonzept für Klandorf mit Darstellung von unterschiedlichen Möglichkeiten der Finanzierung leider verzichtet werden mußte.

Immerhin reichte die Zeit, den ersten Teil des Programms durchzuführen: Zum thematischen Einstieg gab es ein kurzes Video der TV Sendung Monitor »Horrende Abgaben...« über die Auswirkungen der Straßenbaubeitragssatzungen in verschiedenen deutschen Kommunen. Einige haben die »Strabs« bereits abgeschafft, weil sie als ungerecht erkannt wurde.

Es folgte Péter Vida (BVB-Freie Wähler), Mitglied des Landtages Brandenburg, mit einem Vortrag unter dem Titel »Bürger entscheiden über Straßenbau – erfolgreiche Beispiele aus anderen Gemeinden«. Péter Vida: »Als ich heute aus dem Wald Richtung Kirche nach Klandorf hineinfuhr, war ich geschockt: Wieso soll diese Straße ausgebaut und das Dorf zerschnitten werden? Das kann ich nicht nachvollziehen.« Der Redner beschrieb am Beispiel Bernau die Möglichkeiten, wie Bürger sich durch einen Bürgerentscheid in Verbindung mit einem Bürgerbegehren gegen unerwünschte Planungsvorhaben erfolgreich wehren können. Darüber hinaus analysierte er in einem »Faktencheck« die seitens Politik und Verwaltung zur Durchsetzung von Vorhaben standardmäßig gegenüber dem Bürger vorgetragenen Argumentationen als undemokratisch, nicht zutreffend und nicht glaubwürdig. »Es gibt keinen Ausbauszwang, ein Neubau mit 5,50 m Breite ist nicht alternativlos«, so Vida. »Ich sehe hier keine Notwendigkeit dafür sondern einen ganz besonderen ortstypischen Charakter, der erhaltungswürdig ist. Die Umfrageergebnisse sind so erdrückend, den Willen der Bürgerschaft gilt es zu würdigen und zu respektieren. Der frühe Bürgerprotest muß von den Verantwortlichen bereits jetzt ernstgenommen werden und in die weiteren Überlegungen einfließen«, wendete

er sich an den Bürgermeister und die Gemeindevertreter. Den Klandorfern sagte er: »daß die Bürgerschaft mitredet, sich eine Meinung bildet, das ist demokratisches Leben und nur gut für den Ort. Lassen Sie sich davon nicht abbringen. Ich will Sie gerne bei der Durchsetzung Ihres Willens begleiten und Sie dabei unterstützen.«

Claus-Peter Spuhn, Sachverständiger für Natursteinpflaster, kam in seinem Vortrag »Die Dorfstraße hat Zukunft« zu dem Ergebnis, daß Voraussetzung jeder Planung die »Ermittlung der Grundlagen« sein muß. Es sind die eingetretenen Schäden und deren Ursachen durch fachliche Untersuchungen festzustellen. Sodann sind die tatsächlichen Nutzungsansprüchen an die Klandorfer Dorfstraße zu prüfen und zu formulieren. Erst dann kann man fundiert über notwendige Maßnahmen, deren Kosten und weitere Planungen diskutieren. Das Regelwerk zu Straßenbreiten etc. dient lediglich der Orientierung und ist keine gesetzliche Vorschrift. Das empfehlende Regelwerk ersetzt nicht die Betrachtung und Analyse des jeweiligen Einzelfalls, um zu vernünftigen, angemessenen Lösungsvorschlägen zu gelangen. »Hier haben wir im Wesentlichen einen sehr geringes Verkehrsaufkommen und eine gemischte Nutzung. Ich sah viele Kinder mit dem Fahrrad auf der Dorfstraße, die vorsichtig, sehr aufmerksam waren; habe mich gewundert, daß es sowas noch gibt. Für solche Straßen können auch Breiten von 3,00 m bis 4,50 m Breite ausreichend sein, vielleicht mit ein paar Ausweichstellen für große Fahrzeuge. Das wichtigste hier ist die Erhaltung des Ortsbildes. Und das Regenwasser muß abfließen können, damit die Straße nicht weiter zerstört wird.«

Der dritte Vortrag »Für ein erhaltendes Ortskonzept – Vorstellung der Umfrageergebnisse« kam von Lutz Paproth, Stadt- und Regionalplaner, als Vertreter der Initiative. Die Bürgerinitiative hat in einer Totalerhebung nach Straßen während August und September dieses Jahres die Meinung der Eigentümer aller Bauflächen gemäß Flächennutzungsplan in Klandorf erforscht. 97 Prozent der Eigentümer haben sich für den Erhalt der Dorfstraße und gegen den geplanten Neubau ausgesprochen. Von diesen 98 Eigentümern haben sich 81 auch zu einem Fragebogen geäußert und sich für »ein vernünftiges, angemessenes Verkehrskonzept« ausgesprochen.

Die Wünsche wurden in der Reihenfolge der Wichtigkeit für die Befragten dargestellt. Danach ist das wichtigste Anliegen, daß das vernachlässigte Entwässerungssystem (Oberflächenwasser) durch die Gemeinde instandgesetzt und künftig instand gehalten werden soll, damit das Regenwasser wieder wie früher abfließen kann. Eine große Bedeutung für die Versickerung hatten die breiten Sommerwege; deren Niveau gegenüber der Straße bietet kein ausreichendes Gefälle mehr, was wiederherzustellen ist. Die Initiative wird einen Bericht zu ihrer empirischen Untersuchung nach Fertigstellung vorlegen.

Initiative »Für den Erhalt der historischen Klandorfer Dorfstraßen« 7

VDSL für ALLE in Bernau!

Bernau (bbp). Bernau und alle Ortsteile sollen bis spätestens zum 1. Quartal 2015 an das VDSL Netz der DNS:NET Internet Service GmbH angeschlossen sein. Während in Nachbargemeinden wie Ahrensfelde-Blumberg viele Haushalte erst seit kurzem über normales DSL bis 6 Mbit/s verfügen können, soll künftig jedem Bernauer Haushalt Internet mit bis zu 100 Mbit/s zur Verfügung stehen. Auch Gewerbeobjekte wie die Bahnhofspassage Bernau sollen komplett versorgt werden. DNS:NET ist in Berlin und dem Umland als Kabelnetzbetreiber tätig und nutzt die moderne Gigabit-Glasfaser-Technologie. Für den Ausbau in Bernau sollen in den kommenden Monaten etwa 10 km Glasfaserleitungen verlegt und zahlreiche Kabelverzweiger aufgebaut werden.

Grüße aus Rostow am Don

Die Mitglieder der Regionalgruppe der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V. Eberswalde trafen sich am 15. Oktober zum Freundschaftsnachmittag. Die Teilnehmer wurden dabei über die Grußbotschaft aus Rostow am Don informiert, die von Galina Kapustina und dem Haus der Offiziere kam und folgenden Inhalt hatte.

Liebe deutsche Freunde!

Wir grüßen Eure Veranstaltung der »Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft«! Sie ist besonders aktuell in unserer jetzigen Zeit, in der die politische Situation in Europa und der ganzen Welt komplizierter wurde durch die Ereignisse in der Ukraine.

Ihr leistet damit jetzt, wie immer, einen angemessenen Beitrag für die Erhaltung und Festigung des Friedens zwischen unseren Völkern. Genau dafür gaben auch unsere Piloten 1966 ihr Leben. Wir wünschen Erfolg in unserer weiteren gemeinsamen Arbeit!

Möge auf der ganzen Erde Frieden sein.

Mit herzlichen Grüßen

GALINA KAPUSTINA – Witwe des Fliegers Boris Kapustin, Die Museumsmitarbeiter des Hauses der Offiziere in Rostow am Don, NONNA IWASCHTSCHENKO – Landsmännin des Fliegers Boris Kapustin

Daraufhin wurde von den Teilnehmern ein Antwortschreiben verabschiedet. Der nächste Freundschaftsnachmittag findet am Mittwoch den 19.11.2014 statt.

WALDEMAR HICKEL

Stadtverordnetenbüro im Kiez

Eberswalde (bbp). Der Stadtverordnete Martin Hoeck (FDP) will im Dezember ein eigenes Bürgerbüro in der Frankfurter Allee 57 im Brandenburgischen Viertel eröffnen. Darüber informierte er am 10. November die Mitglieder des Sprecherrates »Soziale Stadt«. Der Wohnblock in der Frankfurter Allee gehört der AWO und verfügt im Erdgeschoß über zahlreiche Ladengeschäfte, von denen allerdings ein großer Teil leer steht.

Neuer Einkaufsmarkt am Kleinen Stern in Finow:

Hinterfront als Straßenfassade

Eberswalde (bbp). Die finale Gestaltung des neuen Netto-Marktes am Kleinen Stern hat viele Einwohnerinnen und Einwohner erschreckt. Sicherlich kann niemand erwarten, daß Discounter-Einkaufsmärkte als architektonische Kleinode in die Landschaft gestellt werden. Schließlich lautet das Konzept nicht zuletzt »billig«. Wenn allerdings die Fassade zur Hauptverkehrsstraße nur aus Wand, Stahltüren und ein paar vergitterten Fenstern besteht, sollte der Unmut einigermaßen verständlich sein.

Den Planern des Discount-Marktes kann das nicht einmal vorgeworfen werden. Die haben ihre Standardobjekte, die überall gebaut werden. Wie das üblicherweise aussieht, zeigen die Märkte an der Bahnhofsbücke oder an der Spechthausener Kreuzung. Auch die Netto-Märkte in Nordend und in der Freienwalder Straße folgen dem Prinzip, daß direkt an der Straße die Parkplätze gebaut werden und dahinter der Markt mit Vorderfront zum Parkplatz und damit zugleich zur Straße.

Am Finower Kleinen Stern hat die städtische Baugenehmigungsbehörde allerdings eine »straßenbegleitende Einordnung« des Baukörpers vorgegeben. Deshalb haben die Netto-Planer das ganze Projekt einfach umgedreht. Mit der Folge, daß nun die Rückfront des Einkaufsmarktes, wo es eben nur Wand, Stahltüren als Notausgänge und vergitterte Fenster gibt, die »straßenbegleitende« Fassade zur Schönholzer Straße bildet.

Niemand kann behaupten, daß sich die Planer der städtischen Baubehörde keine Gedanken zur städtebaulichen Einordnung des Einkaufsmarktes gemacht hätten. Heike Müller von der NETTO ApS & Co. KG verweist auf vielfältige Auflagen. So bekam der Finower Markt entgegen dem üblichen Netto-Standard ein Flachdach, eine optisch gegliederte Fassade (verschiedene Klinkerfarben und Eternit) und große Fensterfronten im Eingangs- und Bäckerbereich. »Auch die Begrünung des Parkplatzes mit Bodendeckern und Rasen«, so Müller, »erfolgte gemäß den Vorgaben zur Baugenehmigung und wird so auch weiter Bestand haben«. Die Anpflanzung von Bäumen, etwa als Ausgleich für die gefälltten Pappeln, war nicht vorgesehen. Daß die eigentliche Rückfront durch die gegebenen Auflagen zur Straßenfront wur-

de, hatten die städtischen Genehmigungsplaner schlicht übersehen. Offensichtlich zu sehr mit dem unmittelbaren Projekt beschäftigt, kamen sie gar nicht auf den Gedanken, daß sich so ein Bau auch in die Nachbarschaft einfügen muß. Solch ein Vorgehen ist heutzutage normal, wie man leider auch an vielen Stellen in Eberswalde beobachten kann. Es macht den Eindruck, als würde überall so geplant, als sei man allein auf der Welt.

Ein mögliches Korrektiv hätte die Einbeziehung der Öffentlichkeit oder zumindest der zuständigen Gremien der Stadtverordnetenversammlung (StVV) sein können. Ob der Finower Ortsvorsteher, den es in der Planungsphase noch gab, bei diesem wichtigen städtebaulichen Vorhaben angehört wurde, ist nicht bekannt. Heike Müller erläutert, daß »die Beteiligung der Einwohner bzw. der Nachbarschaft ... bei der Erlangung einer Baugenehmigung für einen Supermarkt nicht erforderlich« ist. So eine Baugenehmigung ist ein Akt der laufenden Verwaltung, der auch die StVV-Gremien außen vor läßt. Heike Müller sieht den neuen Netto-Markt gegenüber den alten Zustand als deutliche Aufwertung, räumt allerdings ein, »daß die 'Gestaltung' der zwei Fenster mit Vergitterung und die graue Tür direkt an der Ecke zur Eberswalder Straße nicht sehr glücklich ist«. Sie kündigt an: »Wir werden hier versuchen, Abhilfe zu schaffen«.

Dem Vorschlag des Stadtverordneten Carsten Zinn, die Fassade zur Schönholzer Straße nach dem Beispiel gelungener Projekte im Brandenburgischen Viertel mittels Graffiti zu verschönern, erteilt sie allerdings eine klare Absage. »Wir sind der Meinung«, so Müller, »daß die von Ihnen angedachte künstlerische Lösung nicht zu unserem gestalterischen und werblichen Konzept paßt«.

Entdecke die Welt

Eberswalde (prest-ew). Noch bis Ende des Jahres lädt der Verein Kontakt e.V. Eberswalder Kinder unterschiedlicher Herkunft an jedem Samstag 11 bis 13 Uhr ins Vereinshaus in der Havellandstraße im Brandenburgischen Viertel zu seinem Freizeitprojekt »Entdecke die Welt« ein. Bei Marina Schäfer und Oxana Ernst können sich vier- bis zwölfjährige Kinder über die kulturelle Vielfalt auch in Eberswalde informieren. Neben Liedern, Geschichten und stellen die beiden traditionelle Gerichte und spezielle Bräuche vor. Es wird gebastelt und gespielt. Wissensvermittlung ohne erhobenen Zeigefinger und Übungen in praktischer Toleranz sind Marina Schäfer dabei besonders wichtig.

Eberswalder Jahrbuch

Zur Vorstellung des »Eberswalder Jahrbuches 2014« am Dienstag, dem 18. November um 19 Uhr laden wir alle Interessierten recht herzlich in das Paul-Wunderlich-Haus (Kreishaus) ein. Unseren Autoren und Förderern möchten wir für ihre Mitarbeit und Unterstützung herzlich Dank sagen.

Auf dem Titelbild ist die große Eisengußplatte zum 25-jährigen Bestehen des Britzer Eisenwerkes aus dem Beitrag von KARIN FRIESE: Die Eisengießerei in Britz bei Eberswalde 1907 bis 2000 und ihre Gussplaketten, zu sehen. Dem Jahrbuch 2014 ist anlässlich 100 Jahre Oder-Havel-Kanal ein Flyer beigelegt.

INGRID FISCHER, Redaktionsleiterin

Ein Finowmaßkahn für Eberswalde?

Eberswalde (bbp). Beim »Tag der Entscheidung« zum Bürgerbudget bekam das Projekt der Initiative Unser Finowkanal e.V. nicht genug Stimmen. An ihrem Ziel, einen originalen Finowmaßkahn nach Eberswalde zu holen, hält der Verein dennoch fest.

Eine speziell gebildete Maßkahn-Arbeitsgruppe hat in den vergangenen Wochen und Monaten die infrage kommenden Maßkähne recherchiert und die Informationen gesammelt. Der laut Expertenauskunft letzte noch schwimmfähige und im Originalzustand erhaltene Finowmaßkahn Europas mit Holzboden, die »Bärbel-Marlies«, liegt im Historischen Hafen Berlin. Zum Preis von 6.000 Euro kann die Finowkanalinitiative den Kahn kaufen, zuzüglich 1.000 Euro für das vollständig erhaltene Segel. Mitsamt den Kosten für die Überführung, die noch in diesem Herbst/Winter erfolgen soll – auch weil unklar ist, ob im nächsten Jahr die Schleusen noch bedient werden – veranschlagt die Maßkahn-AG eine Summe von mindestens 10.000 Euro, die zur Verfügung stehen müssen. Bis Anfang November lagen bereits Spendenzusagen in Höhe von 5.500 Euro vor. Mit weiteren potentiellen Spendern werden Gespräche geführt. Mit dem Leiter des Historischen Hafens Berlin Max Hiller ist ein Vorkaufsrecht bis Mitte November vereinbart worden. Danach hat eine Initiative aus Linum die Chance, die früher dort beheimatete »Bärbel-Marlies« zu erwerben.

Die Entscheidung über den Kauf will der Finowkanalverein auf einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 14. November fassen. An diesem Tag gibt es vorher ein Gespräch mit der Rathausspitze, in der geklärt werden soll, ob die Stadtverwaltung das Projekt praktisch unterstützt. Insbesondere geht es darum,

ob die »Bärbel-Marlies« am Bollwerk im Stadthafen festmacht oder als »trockene« Variante in der Borsighalle als Teil eines künftigen »Museums der Industriekultur« am historischen Finowkanal aufgestellt wird.

Für beide Varianten braucht es die Zustimmung und Unterstützung der Stadt Eberswalde. Aufgrund der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit ist eine Einbeziehung der Gremien der Stadtverordnetenversammlung nicht möglich. Somit steht die Rathausspitze allein in der Verantwortung, für die Stadt über das Projekt zu entscheiden.

»Ich meine ganz persönlich«, sagt der Vorsitzende des Vereins Unser Finowkanal Hartmut Ginnow-Merkert, »daß wir hier eine historische Chance haben, das Wahrzeichen für die Stadt und das Symbol ihres wirtschaftlichen Werdens, den Finow-Maßkahn, wieder auf dem (oder am) Finowkanal zu installieren.«



Am 4. November haben Vertreter der Initiative Unser Finowkanal e.V. eine Infotafel vor der Borsighalle aufgestellt und offiziell der Stadt übergeben. Die Tafel wurde von der Kommunikationsdesignerin Kristin Pilz gestaltet und in der Digitaldruckerei Grill & Frank gedruckt. Die Borsighalle könnte vielleicht bald schon als Teil eines »Museums der Industriekultur« einen originalen Finowmaßkahn beherbergen.

Eberswalde elektromobil

»E-Mobility-Works« lautete der Titel der Auftaktveranstaltung am 27. Oktober zur Elektromobilität in Eberswalde. Die Stadt Eberswalde ist eine von je drei Städten in neun europäischen Ländern, in denen im Rahmen des EU-Projektes »Intelligente Energie Europa« die Nutzung von Elektromobilität vorangebracht werden sollen. Für Eberswalde soll bis zum Frühjahr 2015 ein Aktionsplan entstehen. Zu der Auftaktveranstaltung äußerte sich vorab unser Leser Prof. Hartmut Ginnow-Merkert:

Als Twizy-Fahrer und seit 25 Jahren in Sachen Elektromobilität unterwegs Seiender erwarte ich mir nicht viel von Ihrer Schauveranstaltung. Der Tesla (Bar-Preis 65.740 €) zeigt immerhin, was technisch möglich ist. Für Fahrten in Städten wie Eberswalde und dem Umland braucht man aber keine Fahrzeuge mit 400 km Reichweite, Beschleunigung auf 100 in 3,4 Sekunden und Spitzengeschwindigkeit von »nur« 209 km/h. Sinnvoller sind hier kleinere Fahrzeuge wie der Twizy, der ZOE von Renault, der LEAF, oder der Norwegische Think City. Ihr geringer Platzverbrauch, ihre Wendigkeit und die Tatsache, daß nur wenige Fahrten mit mehr als zwei Personen stattfinden, sprechen für leichte Elektro-Kleinstfahrzeuge. Mein Twizy fährt mit dem Kostenäquivalent von 1 Liter Super auf 100 km. Ich brauche übrigens auch keine Ladestationen, denn zuhause »tanke« ich per Haushaltssteckdose gratis von der PV-Anlage.

Wenn Sie es halbwegs ernst meinen mit Ihrer Veranstaltung, dann werden Sie den Energieverbrauch eines Kleinfahrzeugs vs. dem eines größeren Elektromobils thematisieren. Sie werden fragen, warum Volkswagen sein wunderbares Konzeptmodell, den »Nils« nicht produzieren will. Sie werden auch über die Gründe sprechen, warum Mercedes mit deutschem Forschungsgeld Elektroautos in China entwickelt, die hier nicht zu haben sind, warum Daimler seine Aktien bei Tesla zurückgezogen hat und vor allem, warum es in Deutschland anders als in vielen anderen Ländern der Welt keine Subventionen für Privatkäufer von Elektromobilen gibt. Wieso schafft es Tesla eigentlich, entlang deutscher Autobahnen ein Netzwerk von Ladestationen (Nutzung gratis!) einzurichten, was mit den großspurig daher kommenden und viele StEuros (Steuer-Euros) verbratenden Aktionen dieser Bundesregierung offenbar nicht zu leisten ist...?

Akteursnetzwerke gibt es längst und reichlich. Die muß man nicht »aufbauen«. In der Liste mit den Direktsubventionen in 20 Ländern, tut sich allein Deutschland neben Australien (dem weltweit größten CO₂-Verursacher) mit der Ziffer »0« peinlich unrühmlich hervor. Norwegen kann mit seiner »0« wenigstens darauf verweisen, daß dort Strom zu 95% aus Wasserkraft erzeugt wird. Sicher passen solche Fakten aber nicht in Ihre schöne Veranstaltung...

Prof. HARTMUT GINNOW-MERKERT 9

Vergabemindestlohn in Brandenburg

Die neunköpfige Vergabemindestlohnkommission hat in ihrer Sitzung vom 30. Oktober 2014 den aktuell gültigen Vergabemindestlohn von 8,50 Euro überprüft, den die Gewerkschaftsvertreter schon am 4. Juni 2013 als zu niedrig angesehen hatten. Damals hatte die Gewerkschaft einen Vergabemindestlohn von 9 Euro als angemessen angesehen. Im Ergebnis der Sitzung am 30. Oktober 2014 hat die Kommission einstimmig beschlossen: »Die Mindestlohnkommission Brandenburg plant eine Sitzung unmittelbar nach Vorliegen der makroökonomischen Daten, spätestens im Mai 2015, um dem Gesetzgeber ausreichend Zeit zu geben, die Empfehlungen der Mindestlohnkommission umzusetzen. In dieser Sitzung wird eine Erhöhung des Vergabemindestlohns zum 1.1.2016 geprüft.«

Schon aus unserer Haltung im Juni 2013 wird deutlich, daß die Gewerkschaften wichtige Unterschiede zwischen einem bundesweiten allgemeingültigem Mindestlohn und einen Vergabemindestlohn in den Bundesländern für

Auftragsvergaben der öffentlichen Hand sehen. Die öffentliche Hand hat einerseits eine Vorbildfunktion, andererseits muß auch das Lohnniveau nach den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes berücksichtigt werden. Dies liegt bei dem Kommunen und Landkreisen Brandenburgs ohne Berücksichtigung von Weihnachtsgeld oder anderen Zahlungen ab März 2015 bei 9,61 Euro für einen Berufsanfänger mit einfachsten Tätigkeiten.

Reiner Knerler, Regionalleiter der IG BAU Region Berlin, meint: »Das Lohnniveau für Vergaben der öffentlichen Hand in den verschiedenen Bundesländern ist eine wichtige Steuerungsmöglichkeit der Bundesländer für das große Auftragsvolumen der Länder und Kommunen Maßstäbe zu setzen. Dabei können die Länder die besonderen Lage ihrer Länder berücksichtigen.«

Die Gewerkschaften hoffen auf Unterstützung ihrer Position bei der neuen Landesregierung und den Abgeordneten im Landtag.

ASTRID WESTHOFF, ver.di Berlin-Brandenburg

Dokumentiert:

Willenserklärung

Keine Auslandseinsätze der Bundeswehr

Wir, die Teilnehmer des Verbandstages der Brandenburgischen Freundschaftsgesellschaft e.V., bekunden hiermit unseren Willen gegen jegliche Auslandseinsätze der Bundeswehr!



Im Anschluß am Verbandstag am 18. Oktober legten die Teilnehmer auf dem Garnisonsfriedhof in Westend ein Gebinde nieder.

Mit Empörung stellen wir fest, daß Kriege wieder zum Alltag internationaler Politik der westlichen Wertegemeinschaft geworden sind. Durch die Expansionspolitik der NATO ist es in Europa zu einer gefährlichen Zuspitzung der Kriegesgefahr gekommen.

Unsere Forderungen erhalten zum jetzigen Zeitpunkt besonderes Gewicht. In diesem Jahr jährte sich der Beginn des 1. Weltkriegs zum 100. Mal. Zig Millionen Tote waren nach seinem Ende zu beklagen. Im September war der 75. Jahrestag des vom deutschen Faschismus ausgelösten 2. Weltkriegs. Dieser Krieg kostete die Völker der Welt ca. 70 Millionen Menschenleben. Ein dritter nunmehr voraussichtlich atomarer Weltbrand würde die Existenz der Menschheit in Frage stellen.

Mit Hilfe ukrainischer Nationalisten, Faschisten und gekaufter Personen wollen die EU und die NATO ihren Machtbereich bis zur russischen Grenze und letztlich darüber hinaus ausdehnen. Rußland soll mit Sanktionen und Verleumdungen erpreßt werden. Es wird erneut mit Krieg bedroht. Wir unterstützen jegliche besonnene auf Friedenssicherung ausgerichtete Politik, insbesondere im Zusammenhang mit dem aktuellen Ukraine-Konflikt.

Die Kriege um Einflußsphären und Öl zerstören staatliche Strukturen des mittleren Osten und überlassen sie rivalisierenden Gruppierungen mit Hunderttausenden von Toten und Verletzten. Krieg wurde weltweit wieder zum Mittel der Politik. Deutschland ist der drittgrößte Waffenexporteur der Welt und trägt Mitschuld am Tod unzähliger unschuldiger Menschen.

Wir treten ein für Frieden und Freundschaft mit allen Völkern. Statt kriegerischer Aktionen fordern wir friedliche Lösungen und mehr humanistische Entwicklungshilfe.

Eberswalde, den 18. Okt. 2014

Vergessene Geschichte:

Waggonaufzug ins Bewußtsein rücken

Von Bäumen und Buschwerk überwuchert und dem Verfall preisgegeben liegt versteckt hinter dem ehemaligen Bahr-Baumarkt ein Kleinod der Industriekultur im Finowtal. Als einzigartiges technisches Denkmal rotet dort der Waggon-Fahrstuhl der einstigen Hufnagelfabrik Möller & Schreiber vor sich hin.

Dort, zwischen Finowkanal und der Bahnlinie Berlin-Stettin wurden 1871 erstmals in Deutschland Hufnägeln maschinell hergestellt. Schnell wurde die Eberswalder Hufnagelfabrik zum Marktführer. In Spitzenzeiten beschäftigte das Werk mehr als 1.400 Arbeiter.

Der Versand erfolgte über den Finowkanal mit den berühmten Finowmaßbähnen. Zur Jahrhundertwende war die Kapazität des Finowkanals ausgereizt. Die Höhendifferenz zum neben dem Werk verlaufenden Bahndamm verhinderte den direkten Anschluß der Hufnagelfabrik an die Eisenbahn.

Daher wurde im Jahr 1906 die Firma A. Borzig mit der Planung eines Waggonaufzugs am Kupferhammer Berg beauftragt. Bereits zwei Jahre später, im Jahr 1908, nahm die Hebebühne für Eisenbahnwaggons in Eberswalde-Kupferhammer seinen Betrieb auf. In Hauptzeiten wurden bis zu zwölf Waggons täglich

Einen Höhenunterschied von 9,60 Metern mußte der Waggonaufzug überwinden. Auf der Hebebühne fand jeweils ein Waggon mit einem maximalen Gesamtgewicht von 30 Tonnen Platz. Der Waggonlift besteht wie das Schiffshebewerk aus einer genieteten Stahlkonstruktion, in der die Lastebene mit dem Gleis darauf in Führungen läuft. An den Längsseiten sorgen je ein Gegengewicht, das mit Seil über Umlenkrollen mit der Last-Ebene verbunden ist, für einen etwa 80%igen Masse-Ausgleich. Zum oberen Teil des Hanges führt eine kurze Stahlbrücke zum oberen Teil des Hanges. Der Transfer eines Güterwagens talwärts dauerte fünf Minuten, umgekehrt fünfzehn Minuten. Ein Hydraulik-Zylinder besorgte bei Bergfahrt die Hubarbeit, während bei Talfahrt über Steuerventile die Senkgeschwindigkeit gedrosselt

wurde. Der elektrohydraulische Antrieb befand sich unten direkt am Aufzug in einer Wellblecheinhausung. Die Bedienung konnte sowohl von der unteren, als auch von der oberen Ebene erfolgen. Den notwendige Öldruck erzeugte ein großer Gleichstrommotor, der eine dreizylindrige Kolbenpumpe antrieb. Als Betriebsmittel diente eine Wasser-Öl-Emulsion.

Auf beiden Seiten sorgten Drehscheiben für den Anschluß an das Gleisnetz der Bahn bzw. zu den drei Abstellgleisen im Werk. Eine am oberen Gleiskopf stationierte Seilwinde besorgte über Umlenkstationen das Auffahren der Waggons auf die Lastebene des Aufzugs sowie die Rückführung auf das Bahngelände.

Anfang der 1971 stellte der VEB Nagel- und Drahtziehwerk Eberswalde die Produktion ein. Damit endete auch aktive Zeit des Waggonfahrstuhls. Bis zur Wende nutzte die DDR-Handelsorganisation das Areal mit den großen Hallen. Danach verfiel das Fabrikgelände. Die Fabrikbauten wurden bis auf einen unter Denkmalschutz stehenden Rest abgerissen.

Der Verein Unser Finowkanal will nun das Industriedenkmal der Vergessenheit entreißen. Am 15. November startet eine Aufräumaktion auf dem Areal. Helfer, die sich beteiligen und so auch mehr zur Geschichte erfahren wollen, sind willkommen.

G.M.

Quellen:

Wolfgang Dietze & Martin Jarisch: Der Waggon-Fahrstuhl: Ein Technisches Denkmal in Eberswalde, in: Eberswalder Jahrbuch für Heimat-, Kultur- und Naturgeschichte 1996/97, S. 119 - 120, Verein für Heimatkunde zu Eberswalde e.V. 1996.

Vivien Kawohl: Vergessene Geschichte. Waggonaufzug soll ins Bewußtsein gerückt werden, ODF, 08.10.2014 (http://www.odftv.de/news_barnim/Vergessene_Geschichte-21760.html)

Intransparenz beim Wohnungsabriß

Eberswalde (bbp). Die Stadtfraktion Alternatives Wählerbündnis Eberswalde (AWBE) fordert Transparenz der Gesellschafterin und des Geschäftsführer der Wohnungs- und Hausverwaltungs-GmbH Eberswalde (WHG) zum öffentlich avisierten Abriß von zwei weiteren Wohnblöcken im Brandenburgischen Viertel. Der Fraktionsvorsitzende Carsten Zinn zeigte sich in einer Ende Oktober veröffentlichten Pressemitteilung verwundert darüber, daß die WHG »zur Reduzierung von Wohnungsleerstand erneut den Ortsteil Brandenburgisches Viertel im Fokus hat. Obwohl der größte Wohnungsleerstand der WHG in Stadtmitte und Westend vorhanden ist.« Die von Bürgermeister Friedhelm Boginski als Gesellschaftervertreter und vom WHG-Geschäftsführer Hans-Jürgen Adam praktizierte Intransparenz sei unverständlich und nicht

hinzunehmen. Die WHG verfügt im Brandenburgischen Viertel nur noch begrenzt über sanierten Wohnraum. Daher liegt die Vermutung nahe, daß die Wohnblöcke am südlichen Ende der Potsdamer Allee und in der Finsterwalder Straße dem beabsichtigten Abriß zum Opfer fallen sollen. Allerdings gab es in diesen Blöcken bereits umfangreiche Instandsetzungen im Innenbereich, wie die teilweise Erneuerung der Versorgungsstränge. Auch neue Fenster wurden verschiedentlich eingebaut.

Carsten Zinn fordert den Bürgermeister und den Geschäftsführer auf, den betroffenen Mieterinnen und Mietern reinen Wein einzuschenken. Die Gelegenheit, zur Einwohnerversammlung am 28. Oktober mit einer klaren Aussage die Spekulationen zu beenden, ließ Boginski ungenutzt verstreichen.

Jetzt Zieglerallee und Brauersberg:

Die Kettensäger-Saison hat begonnen

Eberswalde vernichtet fortwährend seinen alten Baumbestand

Wir wissen, daß Eberswalde den Namen »Waldstadt« schon lange nicht mehr verdient hat. Seit der Wende ist die Stadt ständig in den negativen Schlagzeilen, weil sie so rigoros unbarmherzig mit ihrem alten Baumbestand umgeht, daß dies einen für Kommunen schon beispielhaften negativen Vorbildcharakter hat. Nach mehreren großen Bäumen im Park am Weidendam in der Innenstadt, die im September dran glauben mußten, sind jetzt acht Kastanien in der Zieglerallee und am Brauersberg im Stadtteil Finow dran.

Willkommen Eberswüste, da helfen auch Nachpflanzungen nicht viel, die erst in vielen Jahrzehnten stadtbildprägend und ökologisch wertvoll sein werden.

Die Stadt will alte Alleebäume abholzen und es findet sich als Gutachter immer der gleiche Verdächtige, der daran verdient. Die Bäume werden als geschädigt dargestellt und schon ist der Weg für die Fällung frei. Naja, außerdem braucht das Holzkraftwerk (HoKaWe) wieder Futter...

Dr. ANDREAS STEINER



Die Stadtverwaltung hatte Anfang Oktober mitgeteilt: »In der Zieglerallee und am Brauersberg müssen acht Kastanien gefällt werden. Ein Gehölgutachten hat die mangelnde Standsicherheit der Bäume festgestellt. Fäule habe Astungswunden ausgehöhlt. Die Bäume seien daher am Kronenansatz bruchgefährdet, zudem wiesen sie eine geringe Lebenserwartung auf. Die Kastanien sollen noch im Oktober abgenommen werden. Durch Neupflanzungen werden sie im kommenden Herbst ersetzt.«

Nein zu Wohngebiet »Barnimhöhe« in Eberswalde

Grüne/B90 Eberswalde: Zuerst innerstädtische Flächen und Lücken bebauen!

Wir lehnen das Vorhaben für das neue Wohngebiet »Barnimhöhe« an der Bernauer Heerstraße aus mehreren Gründen ab. Die ehemalige Militärliegenschaft zwischen Bernauer Heerstraße und Heinrich-Heine-Straße ist seit 1993 ungenutzt und wurde bereits im Jahr 2000 entsiegelt. Seitdem eroberte sich die Natur die Fläche zurück. Es ist wieder Wald entstanden, Pflanzen und Tiere haben sich angesiedelt. Das Areal grenzt direkt an den

Stadtwald, so daß sich jetzt wieder ein zusammenhängendes Waldgebiet zwischen den beiden Straßen und darüber hinaus ergibt.

Wir sind der Meinung, im Stadtgebiet gibt es ausreichend Standorte, die sich für die Bebauung mit Einfamilienhäusern eignen. Ein Flächenverbrauch in Randgebieten und noch dazu im Wald, ist deshalb nicht erforderlich und nicht zu rechtfertigen.

KAREN OEHLER, Fraktionsvorsitzende

Öffentliche HNEE-Ringvorlesung:

»Klima. Wüste. Brandenburg?«

Eberswalde (hnee/bbp). Die Hochschule für nachhaltige Entwicklung Eberswalde (HNEE) lädt noch bis Dezember zu einer öffentlichen Vorlesungsreihe rund um das Thema Klimawandel und seine Auswirkungen ein. Professoren und Professorinnen berichten an sieben Terminen über ihre Forschungsergebnisse und stehen im Anschluß für Diskussionen bereit.

»Nach den gängigen Klimaprognosen«, heißt es in der Einladung, »ist Brandenburg eines der am stärksten vom Klimawandel betroffenen Bundesländer in Deutschland. Die HNEE ist zusammen mit dem Innovationsnetzwerk Klimaanpassung Brandenburg Berlin (INKA BB) einer der Hauptakteure in der Erforschung der Möglichkeiten für die Anpassung an den Klimawandel.«

Die Vorlesungen finden jeweils donnerstags um 17.30 Uhr in der Aula der HNEE (Stadt-

campus, Haus 6, 2. Etage) statt. Es werden »Inputvorträge zu verschiedenen spannenden Klimaschutzthemen gegeben und gemeinsam im Anschluß diskutiert«. Alle sind eingeladen. Eine Anmeldung ist nicht erforderlich.

Fünf Termine am 13., 20., 27.11, 11. und 18.12. stehen noch aus:

Ralf Bloch: Landwirtschaft im Klimawandel – Auswirkungen und Anpassungsstrategien

Prof. Dr. Uta Steinhardt: Brandenburg auf dem Weg zur Modellregion Trockenheit?

Prof. Dr. Martin Guercke: Waldentwicklung in Brandenburg unter dem Einfluß des Klimawandels – Perspektiven und Lösungsansätze

Prof. Dr. Uta Steinhardt: Wasser ohne Ende oder am Ende ohne Wasser? Von der Anpassungsforschung im Bereich der Siedlungswasserwirtschaft zur lokalen Anwendung

Prof. Dr. Wolfgang Strasdas: Tourismus und Klimawandel in Brandenburg

Schöne schnelle neue Welt

In der Lindenallee zwischen Golzow und Britz sind im Oktober mindestens 17 Bäume gefällt worden. »Wenn es so weitergeht, jedes Jahr 17 Bäume«, sagte unser Leser Hartmut Lindner aus Chorin, »dann ist absehbar, wann die Allee abgeräumt ist und mit der Verdoppelung der Fahrbahnbreite der Straße begonnen werden kann. Das ist dann der Schorfheideschnellweg von der Autobahnabfahrt Chorin nach Britz. Schöne schnelle neue Welt.« Die Allee zwischen Golzow und Britz kam vor sechs Jahren schon einmal in die Schlagzeilen (BBP 11/2008, »Baumschau mit gravierenden Fehlern«). Damals sollten 30 Linden wegen Pilzbefall fallen. Dr. Andreas Steiner und Georg Möller hatten damals ein Gegengutachten erstellt. Demnach waren von den 30 Linden nur 3 tatsächlich gefährdet. Hinzu kamen 2 Bäume mit mangelnder Standsicherheit, die nicht zur Fällung gekennzeichnet waren. Damals gelang es, die große Sägeaktion zu verhindern.

Diesmal kam jeder Protest zu spät. An der damals geretteten Allee wird still und heimlich wieder gesägt. »Die Verantwortlichen«, so Lindner, »haben nichts dazu gelernt. All die Mühe der Baumschützer, die sie vor sechs Jahren investiert haben, ist somit dahin. Das ist sehr frustrierend.«

Der Mensch und seine Arbeit

Die Herausbildung des Menschen ist ein kurzer Abschnitt in der Erdgeschichte. Mensch und Affe haben gemeinsame Vorfahren. Erst die Arbeit ließ den Menschen entstehen. Mit seiner Hände Arbeit schuf er Faustkeil, Speerspitze, Nadel usw. Mit Ausbildung der Arbeitshand vervollkommnete sich das Gehirn des Menschen. Die Fähigkeit des Denkens bildete sich heraus.

Wozu ist der Mensch heute fähig? Er bastelt an seinem Gehirn herum. Mit dem Computer gelingt es ihm teilweise, aber nur das. Ganze Produktionsabläufe werden schon elektronisch gesteuert. Das überlege man sich mal. Schafft sich der Mensch selbst ab?

Nein! Obwohl viel Arbeitslose oder Hartz IV-Empfänger den Eindruck erwecken.

URENKEL

Finowkanal-Kalender 2015

Die Digitaldruckerei Grill & Frank hat in Zusammenarbeit mit Herrn Schliebenow einen schönen Finowkanal-Kalender für 2015 herausgebracht, der ab sofort zum Preis von 10 Euro käuflich zu erwerben ist. Je verkauftem Kalender unterstützt Grill & Frank die Arbeit der Initiative Unser Finowkanal e.V. mit einem Euro. Ein schönes Weihnachtsgeschenk mit regionalem Bezug und einem guten Zweck.

HARTMUT GINNOW-MERKERT

Barnimer Bürgerpost abonnieren!

www.maxe-eberswalde.de

Ich nenne Netze und Vereinigungen, einige wenige von vielen: *Attac; Occupy; »Mehr Demokratie«; Ärzte für den Frieden«; Greenpeace; Deutscher Gewerkschaftsbund DGB (trotz alledem); BUND; Akademie der Künste; Vereinigungen demokratischer Rechtsanwälte und demokratischer Journalisten; Netze kritischer Christen; Umwelt-Verbände; Unabhängige Montags-Demo UMOD; Bundesweite Montags-Demo; Piraten; Initiative für eine humane Welt IhW; Akademie Solidarische Ökonomie (Bernholt); »Die Basisdemokraten« (gmx, Manneck, FFM); Vertreter des Handwerks und des Mittelstands; Wohlfahrtsverbände, die sich dem Kapital nicht unterwerfen möchten; Rosa-Luxemburg-Stiftung; Friedrich-Ebert-Stiftung; Hans-Böckler-Stiftung; und etliche andere. Sie können sich öffentlich zu Worte melden und werden zunehmend respektiert. Im Buch »Kaltes Land...« sind vom Herausgeber H. Platta ca. 100 Web-Adressen möglicher Promoter aufgelistet.*

Vertreter von Netzen und Vereinigungen können den Weg finden, um den Wesensgehalt des Grundgesetzes auch durch einen gemeinsamen Wortlaut zu vereinbaren. Es muß nur schnell beginnen. Das wird nicht ohne Wirkung bleiben. Dann sagen unsre Mitbürger nicht mehr: *»Die da oben machen ja doch, was sie wollen.«* Dann entwickeln unsre Mitbürger Selbstvertrauen. Dann beginnt die Ära des Aufrechten Ganges! Der Emanzipation! Der Wesensgehalt des Grundgesetzes wird unsren Mitbürgern bewußt. Bald wird das Volk in einem Volksentscheid feststellen, was sich aus dem Wesensgehalt des Grundgesetzes ergibt. In der Bundesrepublik wird es zum ersten Male einen Volksentscheid geben. Und dann gleich über die Verfassung!!! Das ist neu, nach 64 Jahren Parteien-Herrschaft. Auch viele Journalisten in den Medien werden den Aufrechten Gang des Volkes zu unterstützen suchen. Ihre Medien werden dadurch interessanter.

Konservative Journalisten werden dem Volke Angst machen und äußern, es wäre besser, alles würde beim Alten bleiben. Wir Emanzipatoren aber nutzen das Demonstrationsrecht. Vielleicht kommt es mitunter auch zu Auseinandersetzungen auf der Straße. Notfalls rufen wir den Polizisten zu *»Keine Gewalt, keine Gewalt!«* Ich habe erlebt, daß das von Polizisten respektiert wird. Ich erlebte mehrmals, wie sie von ihren Vorgesetzten zurückgezogen wurden. Zweimal wurde ich von solidarischen Demonstranten untergehakt. Das war wunderbar – Körperberührung der menschlichen Art!!! Polizisten verstanden das und zogen sich zurück. Zuvor hatte ich den Atem junger Uniformierter gespürt. In ihren Augen konnte ich keinen Haß bemerken. Sie waren froh, den Befehl zum Rückzug zu empfangen.

Wenn sich demokratische Kräfte selbstbewußt artikulieren, dann wird auch sozialer Demagogie rechtsextremer Kräfte die Luft entzogen. Den Rechtsextremen bleibe nur noch der unverhüllte Haß auf Ausländer. Der unverhüllte Haß kann unterschwellig weiter wirken. An-

Bundestagswahl 2013 – und was dann? (Teil 13)

»Das Morgen tanzt schon im Heute«

von Dr. Rainer Thiel

Seit langem und besonders in den letzten Jahren sind aus dem Volk viele Verbände, Vereinigungen, Netze und Vereine hervorgegangen, die sich der menschlichen Gemeinschaft verpflichtet fühlen, auch wenn sie sich oft auf spezielle Aspekte konzentriert haben. Aber dort verfügen sie über hervorragende Experten. Und auch spezielle Aspekte werden von ihnen oft mit Blick auf die solidarische Gemeinschaft aller Erdbewohner verfolgt. Auch Wissenschaftler, Künstler und Schriftsteller denken darüber nach. In diesem Sinne gibt es längst verschiedenste Vorschläge. Über vieles müßte man diskutieren, jeder sieht die Dinge ein wenig anders, ich selber bin zur Diskussion aufgelegt. Aber sehr richtig hat einer von ihnen seinen diskutablen Traktat überschrieben mit den Worten: »Das Morgen tanzt schon im Heute«. So ist es! Genau so!

fällig sind u.a. jene, denen es am dreckigsten geht in der reichen Bundesrepublik. Das haben die regierenden Parteien zu verantworten.

Ermunternde Erinnerungen für Demokraten:

Im Herbst 1989 wagten sich hunderttausende Bürger der DDR auf die Straße, vor allem in Leipzig und in Berlin. Sie vereinten sich mit dem Ruf *»Wir sind das Volk«*. Bei den bewaffneten Kräften der Staatsmacht und ihren Kommandeuren jagten sich die Überlegungen. Der Schriftsteller Erich Loest dokumentierte sinngemäß mit seinem Roman *»Nikolai-Kirche«* den Ausruf eines Generals: *»Wir waren auf alles vorbereitet, aber wir haben nicht mit so vielen Kerzen gerechnet.«* In Berlin konnten engagierte Bürger-Vertreter, vor allem Theater-Leute, mit der Volkspolizei problemlos ein Sicherheitsabkommen schließen. Hunderttausende Bürger versammelten sich auf dem Alexanderplatz und nahmen die Reden unterschiedlicher Sprecher auf, meist mit Beifall. Die Volkerhebung funktionierte ab 9. Oktober reibungslos. Bei den bewaffneten Kräften hatte die Überlegung Platz gegriffen: *Wir sind ja einst als Kräfte des Volkes angetreten. Wir sind dem Volk verpflichtet. Deshalb werden wir nicht aufs Volk schießen.*

Ich rechne damit, daß auch gegenwärtig die Rolle konservativer Polizei-Führer paralyisiert werden wird durch den Umfang und die Unterschiedenheit demokratischer Demonstrationen. Korrekt denkende Polizisten werden auch einzelne Schläger in ihren eigenen Reihen paralisieren.

Selbstverständlich werden sich konservative Polizei-Führer fragen: Wird das Volk unsre Dienststellung anerkennen? Oder werden wir entlassen werden? Deshalb werden einige Polizeiführer versuchen, ihren Untergebenen Gewalttätigkeit zu kommandieren. Also muß den korrekten Polizisten schon vorab vermittelt werden, daß sich das Volk gewaltfrei artikulieren will. Dann ist die Polizei mit uns.

Ein Beispiel gewaltfreier Machtentfaltung erlebte ich im September 2000 beim Schülerstreik in Storkow. Die Staatsmacht hatte die örtliche Gesamtschule ihrer Abiturstufe berauben und die Zulassung von neuen Elftklässlern verhindern wollen. Da formierte sich ein Komitee der Schüler und rief zum Streik auf. Fünfhundert Schüler und das ganze Städtchen unterstützten den Streik, das Städtchen war



Im Unterschied zu Storkow 2000 wurde der Eberswalder Schülerstreik von 2006, der die Schließung der Albert-Einstein-Oberschule verhindern sollte, von der Staatsmacht mit der Schulleiterin Brigitte Reuscher als Frontfrau unter effektiver Unterstützung des späteren Bürgermeisters Friedhelm Boginski abgewürgt.

zehn Tage lang Freie Republik, wie sie einst auch Stefan Heym vorgeschwebt hatte.

Die Staatsmacht war schockiert und suchte die Schüler zunächst an der Nase herumzuführen. Das gelang der Staatsmacht nicht. Da ließ sie am neunten Streiktag die Streikenden sowie die Journalisten von Fernsehen und Zeitungen und selbst den Bürgermeister und den Amtsdirektor verbieten, den Schulhof zu betreten. Die Schüler hatten ihren Unterricht eine Woche lang selbst organisiert, auch das sollte zu Ende sein. Fünfhundert Schüler, dreißig Journalisten, Eltern, Feuerwehr und Polizisten blieben aber vorm Schultor versammelt. Da stieg die Sprecherin des Streikkomitees auf einen Tisch und rief: *»Die Schule hat uns rausgeschmissen. Wir werden deshalb die Schule nicht stürmen. Wir bleiben gewaltfrei. Aber wir ziehen ins Friedensdorf. Dort finden wir Asyl.«* (Dort ist eine Begegnungsstätte, initiiert von Rupert Neudeck.) Da bewegte sich der Zug der Sechshundert, die um ihr Recht rangen, zur Festwiese des Friedensdorfes: Das Streikkomitee überreichte den rausgeschmissenen Elftklässlern eine symbolische Zulassungs-Urkunde, dazu ein kleines Zuckertütchen, gebastelt vom Streik-Komitee. (Ausführlicher Bericht durch mein Buch *»Der Schülerstreik in Storkow«*, Trafo-Verlag, Berlin 2001)

Fortsetzung folgt

Einmal Ossi, immer Ossi!

Die Wiedervereinigung hat viel verändert. Plötzlich gab es da ein Land, aus dem die Leute in Scharen in den Westen strömten, und vorgaben deutschen Blutes und der deutschen Sprache mächtig zu sein. In Sprechchören skandierten sie zur Birne aus Ogersheim »Helmut, Helmut!« in einem Dialekt, der eher an eine Halskrankheit, denn an eine Sprache erinnerte.

Der relativ entspannte Arbeitsmarkt war von heute auf morgen kaputt. Während man sich in Westberlin früher sogar Stellen aussuchen konnte, gab es jetzt mindestens 100 Bewerber, die meisten davon aus dem Osten, und die Chancen gingen gleich Null. Viele von den Westlern mußten nun Lebenskünstler oder Dauer-Arbeitslose werden. Also, nicht nur die Ossis wurden arbeitslos! Nur waren die selber schuld dran: ihre marode Wirtschaft der westlichen Währung auszusetzen, nur, um die auf Pump gekauften Videorecorder bezahlen zu können. Die Ossis waren einfach zu geil!

Und wenn sie keine roten Socken waren, die in trotzistischen Selbsthilfegruppen der Weltrevolution hinterhertrauerten, dann waren sie braun vom Arsch aufwärts. Während im Westen das Zusammenleben mit Ausländern schon längst Normalität war, und der beste Gemüsehändler der türkische war, mit dem man gern ein Schwätzchen hielt, jagten bestiefelte Glatzenossis fremdhäutige Mitmenschen durch die Straßen und zu Tode. Und selbst harmlose Omis bekamen beim Wort »Israel« Wutanfälle und unterdrückten nur mit Mühe die Vokabeln von den raffenden Juden.

Nun beklagen sich die Ostberliner über die angebliche Gentrifizierung. Wie sähe es denn in Ostberlin heute aus, 25 Jahre nach dem Mauerfall, ohne westliches und internationales Kapital? Es wäre immer noch eine trostlose Ruinen-Landschaft, ohne Farbe, ohne Putz, ohne Baumbepflanzung. Prenzlauer Berg ist wieder zu einem Vorzeige-Bezirk geworden, der eine Verjüngungskur ohnegleichen hingelegt hat. Jetzt ist der Bezirk gefragt wie nie zuvor und junge Leute aus dem ganzen Land strömen herbei, um Weltstadtluft zu atmen, und der Ossi beklagt sich jedoch: Nur noch Schwaben! Die Mieten so teuer! Nur noch Bioläden!

Die Welt und das Leben verändern sich. Die Kinder der Ossis können das Gejammer und das Rumgeizicke ihrer Väter schon gar nicht mehr verstehen. Sie sehen nach vorne und nicht mehr die Grenzen in den Köpfen und in der Landschaft. Sie werden erwachsen, nicht mehr mit der Kalaschnikow in der Hand, sondern mit Laptop und Smartphone. Die Ost-Schrippen waren besser, ja, das muß man neidlos anerkennen. Aber in kulinarischen Dingen sind viele Ossi einfach nur Barbaren, die ihren Krümelkaffee pur aus der Tasse trinken, dick-

bepellte Bockwürste hinunterwürgen und »Berliner Pilsner« für ein Bier halten. Da muß ein Bio-Feinkostladen natürlich wie ein Fremdkörper in der rauhen Ossikehle stecken.

Liebe Ossis! Schaut nicht zu sehr zurück! Schaut nach vorn in die neue Welt! Schreibe meinetwegen Eure Geschichten auf und erzähle sie Euren Enkeln, falls die Interesse daran haben. Und die meisten Schwabentöchter in Prenzlauer Berg, da könnte ich wetten, zieht es nach 10 Jahren wieder zurück ins Ländle und die Söhne sowieso, um Papas Maschinenfabrik zu übernehmen. Dann ist wieder Platz in Prenzlauer Berg: für reiche Dänen, Schweden, Russen, Schweizer, Franzosen, Chinesen, Amerikaner ... und so wird der einstige Arbeiter- und Dissidentenbezirk ein echter Weltbezirk dieses Planeten!

JÜRGEN GRAMZOW

»Adieu Windows«

Die Linuxer treffen sich am 19. November, 18.30 Uhr, im Studiclub (Schicklerstr. 1). Unsere offenen Treffen heißen jetzt Linux-Node, weil Vernetzung und Austausch rund ums freie Betriebssystem Linux uns wichtig ist. Eddy, der Linux-Experte aus Lychen, ist wieder da.

Hebwerk e.V.

Ein Beitrag zum allgegenwärtigen Gedenken: »Good bye GDR!«

Seit 25 Jahren wurmt es mich mächtig, mit welcher Frechheit und Intensität unwissende Menschen und vor allem nachfolgende Generationen bewußt belogen werden, wie die Herrschenden mit allen Mitteln die wahre deutsche Geschichte einseitig, also falsch, darstellen und festschreiben. Nun sind nicht alle Deutschen so blöd, wie die Sieger es gern hätten. Es hat sich einiges angestaut und ich sage: Es reicht! Ich krieche aus meiner Höhle und nehme meine Bürgerrechte wahr. Wer traut sich mitzumachen? Kontakt: Rotfuchsförderverein Eberswalde. Wir malen Plakate und ich singe laut, was ich denke. Wie in dem folgenden Lied.

SCHRAMMEL-ECKE

Tausende Affen sind einst losgerannt,
rüber ins Bananenland.

In der DDR war'n damals unhaltbare Zustände
Viele waren verblendet, wollten ihr Ende.

Andre in Ost und West war'n gar nicht entzückt
Dann der Beitritt – welch' ein Meisterstück.

Gierig nach der WEST-MARK gingen
die Ostdeutschen wählen

Nun dürfen sie sich für miese Ausbeuter quälen

1) Sie war ein junges, stolzes Land, die DDR.
Doch nach 40 Jahre kaltem Krieg, ging gar nichts mehr.

Die Gründungsideale verbannt,
hatte man sich t o t a l verrannt.
Der Klassenfeind rieb sich die Hände
und machte alles klar zur Wende.

2) Schachmatt, Arbeiter-Bauern-Staat,
ausgetrickst auf ganz gemeine Art
Zusammen, was zusammen gehört!
Doch es wurde nicht vereint, sondern zerstört!
Hokuspokus, 1 2 3,
war die DDR weg, für 'n Appel und 'n Ei.
Invasion, voller Gier und Haß,
die Sieger hatten so richtig Spaß.

3) Nun gibt es nur noch Wessiland,
denn des Ossis Heimat, ist abgebrannt.

Auch das Gute, plötzlich Dreck,
abgejackelt, einfach weg.

Angeblich war alles marode,
außer der Stasi, die ist immer noch Mode.

Halbwahrheiten, Lügenexzesse,
Schweine, haltet endlich mal die Fresse!

4) In eurer rücksichtslosen Welt,
dreht sich alles nur ums Geld.
Egoismus, Überfluß,
arm und reich, K a p i t a l i s m u s.
Ausbeutung, sozialer Krampf,
Ellenbogen – Überlebenskampf.
Ferngesteuert, aber immer charmant,
regieren M a r i o n e t t e n dieses Land.

5) Hoch lebe Deutschland, wir sind 'ne Macht
und wieder voll dabei, egal wo's kracht.
Nur falls jemand glaubt wir sind die Guten,
hej für unsren Wohlstand, müssen andre bluten
Wie erhaltenswert ist ein System,
wenn Natur und Mensch dran zugrunde gehen?
Die DDR war'n Versuch den Kreislauf zu brechen
Dafür wird man sich ewig rächen.

6) Im Osten damals war so vieles besser,
als im Westen. Yeah!!!

Doch öffentlich wird das nicht erwähnt,
das ist nicht fair!

40 Jahre Sozialistenwerk,
begraben, unter einem Lügenberg.
'ne Friedenstaube im Adlernest,
war doch klar, wer da seine Federn läßt.

Ausklang)
Es war nicht alles gut,
doch was soll diese Wut,
die unendliche Hetzkampagne,
Schande über Allemagne!
Im Westen sind nach dem Krieg
Nazis verschont geblieben.
Sie haben die Geschichte der BRD
maßgeblich mitgeschrieben.
Warum ist dieser Rechtsstaat
so durch und durch verlogen?
Warum wird gerade die D D R
so durch die Scheiße gezogen?
Sie wurde zu lange schlecht regiert,
das ist wirklich wahr.
Doch wer sie schlecht macht ist selber schlecht
– goodbye G D R!!!

Dietrich Bethmann Hollweg bildete ein wichtiges Verbindungsglied zwischen seinem Cousin, dem Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg, und der Wiener Botschaft. Das läßt sich an der regen Reisetätigkeit des Legationsrates zwischen Wien und Berlin ablesen. Und dies nicht nur aus den offiziellen Urlaubsgründen.

Ende Januar 1910 kommt Dietrich Bethmann Hollweg in Wien an. Am 2. Februar 1911 ist er auf Urlaub in Berlin. Zu »geschäftlichen Angelegenheiten« befindet er sich dann am 13. September 1911, auf »Urlaub« in Berlin. Desgleichen am 11. November mit »nachträglicher Genehmigung«, was auf eine rasche Veranlassung hindeutet. Die Wochen und Monate seit Juli 1911 standen ganz unter der Drohung eines infolge der Marokkofrage mit Frankreich und England ausbrechenden Krieges.

Im Monat Februar 1912 befindet er sich wegen einer »Familienfestlichkeit und Erholung in Deutschland«. Am 1. Oktober 1912 ist er, dem am 3. August 1912 der »Charakter eines Legationsrates« verliehen wurde, zwecks »Urlaub« auf seinem Gut Runowo (Kreis Wirsitz, Provinz Posen). In Berlin befindet sich der Legationsrat am 5. Dezember 1912. Er befördert einen »offenen Brief« an/vom »Zentralbüro« des Auswärtigen Amtes. Urlaub macht er in Berlin zwischen Donnerstag, dem 12. und Sonntag, dem 15. Dezember 1912 in »geschäftlichen und familiären Angelegenheiten«, wie der Botschafter von Tschirschky bestätigt. Es handelt sich um jene Tage nach den Entscheidungen der »Krisenkonferenzen« von Springe und Berlin (vgl. BBP 3/2012).

Daß sich die Lage verschärfte und dementsprechend ein stärkerer Bedarf an Abstimmung bestand, spiegelt sich in der Reisetätigkeit Dietrich von Bethmann Hollwegs in den folgenden Monaten des Jahres 1913, das ja unverkennbar auf vielen Gebieten ein Jahr der Vorbereitung war. Urlaub in Berlin in »Privatgeschäften« hatte das zwischen dem 1., 4./5. und 21. Februar 1913, geheißen. Inklusive eines Besuches beim Bezirkskommando der Armee. Eine militärische Übung fand während eines Urlaubs zwischen dem 28. März und dem 27. Mai 1913, statt. Daneben wurde ihm der Jahresurlaub in der Schweiz zwischen dem 13. August und 15. September 1913 genehmigt. Der Reichskanzler befand sich zwischen dem 2. und 17. September in Graubünden. Ab dem 3. September übernahm Bethmann Hollweg die Funktion des »Gesandten« in Belgrad (ernannt am 30.8.). Am 2. September verließ er Wien, und traf dort am folgenden Tag bestimmungsgemäß ein. Zwischen dem 18. Oktober und 9. November schloß sich ein Urlaub in Berlin (Im Hotel »Zum Reichstag«) an. Der Kanzler befand sich am 7. November auf der Hofjagd in Königs-Wusterhausen. Zwischen dem 4. und 7. Dezember folgte ein eilig genommener, erneuter Urlaub dort; gefolgt von einem weiteren »Urlaub nach Deutschland« in »privaten Angelegenheiten«.

Eine Denkschrift vom Juni 1914 mit Folgen (Teil 2):

Reisen zwischen Wien und Berlin

Dietrich Bethmann Hollweg prophezeit den Zusammenbruch Österreich-Ungarns

Hundert Jahre nach dem Beginn des 1. Weltkriegs dominieren in den Medien Beiträge, in denen längst bewiesene historische Tatsachen für den heutigen Mainstream zu rechtgebogen werden sollen. Die besondere Schuld des kaiserlichen Deutschland soll vergessen werden, um unbelastet wieder »Verantwortung in der Welt zeigen« zu können. So umschreibt man heute die Teilnahme an Kriegen. Die deutsche Führungselite ist nicht in den 1. Weltkrieg »hineingeschlittert«, sondern hat zielgerichtet auf den großen Krieg im Sommer 1914 hingearbeitet. Die von unserem Autor Dr. BERND SCHULTE entdeckte Denkschrift zur katastrophalen wirtschaftlichen Lage Österreich-Ungarns vom 24. Juni 1914 lieferte der Reichskanzler-Cousin kaum zufällig gerade zu diesem Zeitpunkt ab. Vier Tage später geschah der Mord in Sarajewo.

Graf Zech, von Stolberg-Wernigerode und Dietrich Bethmann Hollweg bildeten in Wien die jüngere Riege der deutschen Diplomaten und hielten, nicht nur in den kritischen Wochen des Juni/Juli die Verbindung zur Wiener Führungsspitze. Dabei standen zumindest Graf Zech und Dietrich Bethmann Hollweg in familiärer Nähe zum Reichskanzler, und bildeten dessen persönliches, vertrauliches Führungsmittel, um den Botschafter von Tschirschky »auf Linie« zu halten.

Erneut wird Bethmann Hollweg von seinem »wirtschaftlichen Bericht« entbunden (22.4.1914). Am 30. April begibt sich der Legationsrat im Zuge eines »Urlaub[s] in Familienangelegenheiten« auf das Gut Runowo bei Bromberg. Der Reichskanzler kehrt am 22. April von seiner Reise nach Korfu (Achillaion) zurück (am 23. Ankunft in Brindisi). Am 1. Mai erhält Dietrich »Urlaub zur Beisetzung der Gemahlin des Reichskanzlers« in Hohenfinow.

Während der Julikrise – nach seinem Wirtschaftsbericht vom 24. Juni (wieso jetzt?) – beantragt der Legationsrat »8 Tage Urlaub nach Berlin« (Dietrich von Bethmann Hollweg an Goldbach, 16.7.1914). Er erwägt in diesem Zusammenhang, »so wie die Dinge augenblicklich« lägen... würde es sich anbieten »auf kurze Zeit (8 Tage) nach Berlin und besonders zu meiner Mutter nach Runowo auf Urlaub [zu] gehen ..., da dies wohl angezeigt erscheint, falls man in Berlin überhaupt geneigt ist, mir diese kurze Abwesenheit zu konzedieren, diese in den Rahmen der eventuellen Ereignisse einzupassen«. Das hieß, er wollte seine Mutter sehen, bevor er mit seinem mobilgemachten Regiment ausrückte. Demnach war ihm am 16. Juli 1914 bekannt, daß es zum Kriege kommen werde. Theobald von Bethmann Hollweg befand sich seit dem 4. Juli in Hohenfinow (»bin auf Weiteres dort«).

Am 20. (bis 23.) Juli hatte Dietrich diesen Urlaub angetreten (»Urlaubadresse: Runowo – Mühle, Bezirk Bromberg, von da ab Berlin, Hotel Excelsior«). Der Kanzler befand sich ab dem 25. Juli in Berlin. Am 27. Juli traf der Legationsrat Bethmann Hollweg wieder in Wien ein (»27.7. vom Urlaub zurück«). Bethmann Hollweg erwartete nach Kriegsausbruch seinen Marschbefehl in Wien. Und bestätigte am 2. August dem Grafen Mirbach in der Berliner Zentrale: »Verstehe den mir zugegangenen Befehl, sodaß ich hier Befehl zum Einrücken abzuwarten habe. Hoffentlich kommt derselbe bald«.

Es sei noch einmal darauf hingewiesen, wieso Dietrich Bethmann Hollweg dazu kam, eine ökonomische Bewertung Österreich-Un-

garns für den Reichskanzler zu diesem Zeitpunkt niederzulegen, nachdem der Botschafter ihm gerade dies im April erlassen hatte. Es lag demnach höheren Ortes ein aktuelles Interesse an einer derartigen Arbeit vor.

Zu diesem Zeitpunkt, wenige Tage vor der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinands in Sarajewo, betonte der Legationsrat, die Lage sei aussichtslos – trotz der Anleihen, die Deutschland im ersten Halbjahr 1914 an Österreich-Ungarn ausgegeben habe; die Lage gestalte sich ernst, so hob Bethmann Hollweg hervor: »Der Weg für eine stärkere und schnellere wirtschaftliche Entwicklung des Oesterreich-Ungarns wäre, nun vielleicht darin zu erblicken, daß es durch Aufnahme größerer Anleihen sich Kapital verschafft und damit sein Wirtschaftsleben befruchtet. – Auch hier stoßen wir wieder auf die Disproportion zwischen Können und Wollen. – Wie sich bei der Frage der bosnischen Anleihe gezeigt hat, will man in Oesterreich zwar das Geld haben, erklärt es aber der Würde der Monarchie nicht für entsprechend, wenn an die Anleihe Bedingungen, sei es auf dem Gebiete von Lieferungen oder Konzessionen, geknüpft werden sollen. Österreich-Ungarn sei nicht die Türkei.«

Das deutsche Bündnis gestaltete sich für Österreich insofern äußerst folgenreich, als sich Wien, bedingt durch dessen Beziehungen zu Berlin, vom französischen Anleihenmarkt ausgeschlossen sah. Finanzielle Isolation griff damit um sich. Seit der Marokkokrise von 1911 hatte nämlich Frankreich sein Kapital aus Österreich abgezogen. Die Donaumonarchie war damit auch finanziell von Berlin abhängig. So kam es in der ersten Hälfte des Jahres 1914 zur Zeichnung einer beträchtlichen Anleihe.

Die Aufregung angesichts der einen Milliarde Reichsmark, die in Bosnien investiert war, nahm beträchtlichen Umfang an, und führte in Berlin zu Diskussionen auf höchster Ebene, drohte doch nichts geringeres als der Abfall Österreich-Ungarns vom Dreibund.

Dr. BERND F. SCHULTE

(Fortsetzung folgt)

Finowkanal-Geschichten-Wanderung 10

Kirche, Burgwall, Bärenkasten

Bevor wir vom vorweihnachtlichen Shopping-Strudel absorbiert werden, wollen wir am Sonnabend, den 29. November, gemeinsam unseren Jahresabschluß feiern. Grund genug gibt es. Nicht zuletzt haben wir alle gemeinsam den Finowkanal wieder ins Gespräch gebracht. Eine kleine Pause sei uns nun gegönnt. Im neuen Jahr warten noch schwierigere Aufgaben auf uns: Nach all den schönen Worten aus den Verwaltungen und Ministerien müssen endlich Taten folgen!

Doch zunächst treffen wir uns am 29. November in Oderberg. Dort feiern wir: Ein Jahr seit der Gründung unseres Vereins, zehn erfolgreiche Finowkanal-Geschichten-Wanderungen, einige kleine Erfolge und den Beginn der Adventszeit, Dies ist der Plan:

10 Uhr: Die zehnte Finowkanal-Geschichten-Wanderung beginnt an der Kirche in Oderberg. Dort empfängt uns der Geschichten-Erzähler Dr. Klaus Schulenburg. In der vom preußischen Baumeister und Hofarchitekten Ernst-August Stüler entworfenen Oderberger Nikolai-Kirche erwarten uns mindestens zwei Überraschungen. Von dort geht es an den Oderberger Sehenswürdigkeiten Burgwall und Bärenkasten vorbei zum Ausgangspunkt.

12 Uhr: Am Bollwerk wartet die »Oderberg« auf uns. Wanderer und Nicht-Wanderer wärmen sich bei einem kräftigen Eintopf (Kesselgulasch) und Glühwein auf. Dabei gebe ich einen kleinen Bericht über unsere Aktivitäten im abgelaufenen Jahr.

13 Uhr: Die Fahrt beginnt. Mit den Geschichten-Erzählern Dr. Milnik und Dr. Schulenburg geht es zunächst zum Oderberger See, der vor 100 Jahren als größte Holzlagerstätte Deutschlands fungierte.

Nach einer gemächlichen Fahrt durch das Oderbruch auf der Alten Oder legt die »Oderberg« gegen 15 Uhr wieder in Oderberg an.

Gern können wir den Tag dort gemeinsam ausklingen lassen und noch eine Weile plaudern.

Die Geschichten-Wanderung von 10 bis 12 Uhr ist wie immer kostenlos. Für das Mittagessen und die gemeinsame Fahrt auf der »Oderberg« müssen wir zur Kostendeckung 12 Euro einnehmen. Darin enthalten sind die Fahrt, der Eintopf und ein Glas Glühwein.

Die Wanderung richtet sich an die historisch interessierten Anwohner der Region. Gern dürfen Sie mit eigenen Geschichten, Fakten und Anekdoten zum Gelingen beitragen. Alt- und Neubürger sind gleichermaßen willkommen. Bitte tragen Sie der Witterung angepaßte Kleidung. Da wir teilweise rauhes Gelände betreten, empfiehlt sich robustes Schuhwerk.

Wenn Sie Fragen zu dieser Finowkanal-Geschichten-Wanderung haben erreichen Sie uns wie immer unter der Emailadresse unser-finowkanal@t-online.de. Werfen Sie auch mal einen Blick in unsere Website: unser-finowkanal.de.

Wir freuen uns erneut auf eine weitere spannende Unternehmung und einen harmonischen Jahresausklang gemeinsam mit Ihnen.

Hartmut Ginnow-Merkert, Thomas Winkler und Jens Schlößlin, Initiative Unser Finowkanal e.V.

Bitte reservieren Sie Ihre Fahrkarten rechtzeitig bei Thomas Winkler im Reisebüro Fern & Meer, Goethestraße 18a, 16225 Eberswalde. eMail: info@fern-und-meer.de, Telefon: 03334/289170.

Eberswalder Stadtmodell in Bronze

Eberswalde (prest-ew). Das Stadtmodell befindet sich in zentraler Lage der Stadt und dient der allgemeinen Information von Bürgern und Gästen der Stadt. Es ist barrierefrei zugänglich und läßt sich ertasten. Das Modell soll alle Bevölkerungsgruppen zum Kennenlernen der Stadt, speziell der Stadtentwicklung einladen.

Dargestellt wird die historische Altstadt von Eberswalde in den Grenzen der ehemaligen Stadtmauern und in bestimmten Bereichen darüber hinaus (z.B. Finowkanal, Synagogen-Standort...). Zeitlich wird Eberswalde um das Jahr 1938 gezeigt, um das städtebauliche Bild vor den Zerstörungen der Programmnacht vom 9.11.1938 und dem 2. Weltkrieg in Erinnerung zu rufen.

Die Modellentwicklung erfolgte in zwei Detaillierungsgraden. Einzelgebäude sind als Massenmodell mit Dachformen herausgearbeitet. Stadtbildprägende Gebäude sind entsprechend ihrer

Funktion und besonderen Wirkung im Stadt- raum detaillierter gefertigt worden. Das Modell hat einen Maßstab von 1:500 und eine ovale, der Altstadt angepaßte Form und ist ein Bronze-guß. Das Stadtmodell kostete insgesamt 63.105 €, davon für den Guß des Modells 39.024 €. Das gesamte Vorhaben konnte über die Städtebauförderung finanziert werden. Der Eigenanteil der Stadt betrug 21.035 €.



Wandertips

von BERND MÜLLER

Zum Galgenberg

Auf dem Gustav-Schüler-Weg (5km)

16. November, Sonntag,

Bei der kleinen Wanderung um Bad Freienwalde führt Corinna Gerber die Teilnehmer zur Kurfürstenquelle, zum ehemaligen Gasthaus Grüne Tanne, zur Umkehrbank und zum Brunnenkirchhof am Rosengarten Auf dem Gustav-Schüler-Weg, einem wunderschönen Terrainweg, geht es bis auf den Galgenberg mit dem Kriegerdenkmal und Aussichtsturm.

Treff: 13.30 Uhr Fachklinik Moorbad, Gesundbrunnenstraße 33, 16259 Bad Freienwalde

Bergbaustadt Freienwalde

23. November, Sonntag,

Der als Baasee-Wirt bekannte Klaus Schluchter führt auf eine Wanderung durch die Bergbaugeschichte von Bad Freienwalde. Dabei werden der Galgenberg und die Schweinebucht mit dem Friedensschacht passiert. Ehemalige Kohlegruben werden besichtigt. Weiter geht es am Wald entlang bis zum Geologischen Pfad nach Altranft. Hier ist ein Kohleflöz sichtbar. Entlang dem Oderlandwanderweg wird gegen 13 Uhr Rathsdorf erreicht. In der legendären Gaststätte Breiers Kräutergarten (www.breiers-kraeutergarten.de) kehren wir zur Mittagsrast ein. Bis hier haben wir 8 Kilometer zurückgelegt. Nach dem Essen geht es auf dem Oderlandweg (2 Kilometer) zum Bahnhof Altranft. Von hier fährt die ODEG Eisenbahn um 14:53 los und erreicht um 14:58 Uhr wieder den Bahnhof Bad Freienwalde.

Treff: 10.30 Uhr Bahnhofsvorplatz Bad Freienwalde, Am Bahnhof, 16259 Bad Freienwalde

Anmeldung unter 03344/333200 oder wandermueller@aol.com. Wenn nicht anders angegeben werden folgenden Organisationsgebühren erhoben: Erwachsene 2,20 Euro, ermäßigt 50 %, Mitglieder der NaturFreunde Oberbarnim-Oderland e.V. und Kinder mit Familienpaß Brandenburg kostenfrei.

Ateliers öffnen ihre Türen

Eberswalde (prest-bar). Offene Ateliers im Landkreis Barnim sind Tradition und zeigen, wie reich unsere Region an lebendiger zeitgenössischer Kunst ist. Sie sind herzlich eingeladen, in den Städten und Dörfern die Künstler zu besuchen.

Am Sonntag, 30. November, in der Zeit von 11 bis 17 Uhr öffnen Barnimer Künstler und Kunsthandwerker ihre Ateliertüren.

Am Tag der offenen Ateliers kann man den Künstlern über die Schulter schauen und unterschiedliche Techniken und künstlerische Handschriften kennen lernen. Es gibt die Möglichkeit, kleine und große Kunst zu kaufen – vielleicht sogar das besondere Weihnachtsgeschenk – oder ein ganz persönliches Werk in Auftrag zu geben.

»Gib dem Herrn die Hand, er ist ein Flüchtling!«

Als Jacob Grimm, einer der Göttinger Sieben, die 1837 wegen ihres Protests gegen den Verfassungsbruch des Königs von Hannover des Landes verwiesen worden waren, unter großer Anteilnahme des Volks und der Studenten die Landesgrenze überschritt, da trat eine einfache Frau, die einen Knaben an der Hand führte, auf ihn zu und sagte: »Gib dem Herren die Hand, er ist ein Flüchtling!«

Diese Ermahnung des Knaben, dem Flüchtling seinen Respekt zu erweisen, ist heute, da viele Flüchtlinge bei uns anklopfen und der Innenminister in regelmäßigen Abständen mit belegter Stimme und sorgenvoll gerunzelter Stirn die wachsende Zahl von Asylsuchenden meldet, nicht ohne Brisanz.

Es ist nicht bekannt geworden, daß man sie den jungen Einsatzkräften der Bundespolizei in

das Schulungsmaterial geschrieben hätte. Viel wahrscheinlicher ist, daß ein Handschellenhersteller vom Geist der Novellierung des Asylrechts* getragen, diesen Satz seinen Produkten – in modifizierter Form, also zeitgemäß – eingravieren läßt: »Umschließe fest des Herren Handgelenk, er ist ein Flüchtling!«

Ein deutscher Spaß, könnte er sagen, Ausdruck seines Mitgeföhls für die hart gebeutelten Einsatzkräfte der Bundespolizei und eine stete Ermahnung, dafür zu sorgen, daß die aufenthaltsbeendenden Maßnahmen zügig und sicher durchgeführt werden können.

HARTMUT LINDNER

*Grundgesetzänderung 1993: Ersetzung Art. 16 Abs.2 Satz 2 durch Art. 16 a (Asylrecht), vom BVerfG am 14.5.1996 für verfassungskonform erklärt

Industriekultur am Finowkanal

Kristin Pilz – Tochter eines Papierwerkers der Papierfabrik Wolfswinkel – hat sich intensiv mit der Industriegeschichte am Finowkanal beschäftigt. ihre Erkundungen der alten Industriorelikte schlagen sich im Büchlein der Grafikdesignerin nieder, das soeben im vbb-Verlag erschienen ist und jetzt in den Buchhandlungen Eberswaldes für 12,99 Euro erhältlich ist. Frau Pilz liefert darin eine kompakte Übersicht über die elf wesentlichsten Denkmale der Industriekultur am Finowkanal.

Das Buch eignet sich besonders für Neubürger und Bootstouristen, die sich hiermit einen schnellen Überblick über die geschichtsträchtigen Zeugen des wirtschaftlichen Werdens der Stadt Eberswalde verschaffen wollen. Ich kann die Lektüre sehr empfehlen!

Prof. HARTMUT GINNOW-MERKERT

Buchpremiere ist am Sonnabend, den 22. November, um 17 Uhr im Museum in der Adlerapotheke in der Steinstraße 3 in Eberswalde. Karen Oehler lädt ein und führt durch das Programm.

termine

Eberswalde

Do, 13.11., 10 Uhr »Offenes Singen« im Café des BBZ Amadeu Antonio, Leitung: Erika Knabe, Veranstalter: Volkssolidarität

Fr, 14.11., 17 Uhr Kino auf dem Potsdamer Platz, Brandenburgisches Viertel

Sa, 15.11., 10 Uhr Mitgliederversammlung, Ortsverband DIE LINKE Eberswalde, Neuwahl des Stadtvorstandes, BBZ Amadeu Antonio, Puschkinstr. 13

Sa, 15.11., 10 Uhr Aufräumaktion am Industriedenkmal Waggonaufzug, Kupferhammerweg, hinter ehem. Bahr-Baumarkt

Mo, 17.11., 19 Uhr »25 Jahre friedliche Revolution in Eberswalde« im Café des BBZ Amadeu Antonio, mit Zeitzeugen, Veranstalter: MdL Axel Vogel (B90/Grüne)

Do, 20.11., 14 Uhr »Erzählcafé« im Café des BBZ Amadeu Antonio, Eberswalder Autoren lesen Amüsantes und Hintergründiges, Veranstalter: Volkssolidarität

Oderberg

Sa, 29.11., 10 Uhr Finowkanal-Geschichten-Wanderung 10, anschließend Fahrt mit der MS »Oderberg«, Treffpunkt: Kirche Oderberg, Initiative Unser Finowkanal e.V.

Joachimsthal

Fr, 14.11., 19.30 Uhr Retrospektive DEFA-Dokumentarfilm 1961-1990, »Canto General« (1983) und »Katrins Hütte« (1991), Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V., Brunoldstr. 1

So, 16.11., 10.30 Uhr Kinderkino: »Als der Weihnachtsmann vom Himmel fiel« (2011) Kulturhaus Heidekrug 2.0 e.V., Brunoldstr. 1

impresum

herausgeber: Barnimer Bürgerpost e.V.

anschrift: Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde

telefon/fax: (0 33 34) 35 65 42 / 25 92 10

e-mail: redaktion@barnimer-buergerpost.de

bbpforum: <http://de.groups.yahoo.com/group/bbp-forum/> und [.../bbp-blog/](http://bbp-blog/)

redaktion: Gerd Markmann

fotografie: Gramzow (2), Hickel, Markmann (3), Paproth, prest-ew, Weigelt

druckerei: Grill & Frank · (0 33 34) 25 94 088

redaktionsschluß: 6. November 2014

Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Nachdruck, wenn nicht anders bestimmt, bei Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars erlaubt. Bankkonto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE27 1009 0000 3599 4610 00, BIC: BEVODE33. Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 2 vom 1. Januar 2002. Abopreise (12 Ausgaben): Normal-Abonnement 9 EURO, ermäßigt 3 EURO, Förder-Abo 12 EURO+.

Redaktionsschluß der NÄCHSTEN AUSGABE ist am 4. Dezember 2014.

Barnimer Bürgerpost

Ich bestelle ab sofort die „Barnimer Bürgerpost“

- zwei Ausgaben zur kostenlosen Probe
- Normalabonnement (12 Ausgaben: 9 EURO)
- ermäßigtes Abonnement (12 Ausgaben: 3 EURO)
Schüler, Studenten, Einkommenslose bzw. -schwache (monatl. Einkommen unter 600 EURO)
- Förderabonnement (12 Ausgaben: 12 EURO = 9 Euro + 3 Euro Spende)
- Förderabonnement »Gold« (12 Ausgaben: 18 EURO = 9 Euro + 9 Euro Spende oder mehr)

Die „Barnimer Bürgerpost“ erscheint derzeit einmal im Monat. Das Abonnement verlängert sich automatisch um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, falls ich nicht 20 Tage vor dessen Ablauf schriftlich kündige. Beim Vertrieb über die Deutsche Post wird eine Versandkostenpauschale von 10 EURO pro Jahr erhoben (entfällt ab 3 Exemplaren).

Ich zahle: per Bankeinzug per Rechnung

Kontonummer Bank Bankleitzahl

Name, Vorname Straße, Hausnummer

PLZ, Ort Datum, 1. Unterschrift Abonnent/in

Widerrufsrecht: Innerhalb einer Frist von 14 Tagen nach Absendung (Datum Poststempel) kann ich diese Bestellung widerrufen:

Datum, 2. Unterschrift Abonnent/in

Ich möchte Mitglied beim BBP-Forum werden (eMail-Liste nur für Abonnenten)

Ich möchte zusätzlich die eMail-Ausgabe der BBP erhalten

E-Mail-Adresse (Angabe ist notwendig für eine Nutzung der o.g. Angebote)

Coupon senden an: Barnimer Bürgerpost, Prenzlauer Str. 19, 16227 Eberswalde
(Bestellmöglichkeit per Telefon, Fax und e-mail siehe Impressum)